

MASTERPLAN INDUSTRIE

FÜR DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Empfehlungen
des Beirats Industrie



MASTERPLAN INDUSTRIE

FÜR DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Empfehlungen
des Beirats Industrie

Frankfurt am Main, November 2015

Frankfurt am Main ist ein bedeutender Standort für die Industrie und befindet sich auf einem stabilen industriellen Entwicklungspfad, der durch eine vielfältige Struktur, breite Diversifizierung, attraktive Arbeitsplätze sowie durch hohe Leistungsfähigkeit und Produktivität geprägt ist.

Die Industrie ist ein Netzwerk aus produzierendem Gewerbe und industrienahen Dienstleistungen entlang von Wertschöpfungsketten, z.B. Produktion, Forschung und Entwicklung, Logistik, Informations- und Kommunikationsdienstleistungen, Bildung und industrienaher Wissenschaft, Vertrieb und weiteren verbundenen Wirtschaftszweigen. Mit diesen Aufgaben übernimmt die Industrie eine Motorfunktion für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung eines Standortes. Die Industrie schließt das verarbeitende Handwerk mit ein. Nachfolgend werden die Betriebe zusammenfassend als „Industrie“ benannt.

Die Industrie in Frankfurt am Main zeichnet sich durch eine hohe Dynamik aus, steht allerdings auf verschiedenen Ebenen im Wettbewerb und vor vielfältigen Chancen und Herausforderungen, die sich durch veränderte technologische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und regulatorische Rahmenbedingungen ergeben.

Die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung, der internetbasierten Vernetzung und der automatisierten Steuerung von Wertschöpfungsprozessen erfordern eine verstärkte Flexibilisierung, eine Sicherung von Fachkräften sowie einen effizienten Umgang mit Ressourcen. Diese neuen Möglichkeiten werden für Frankfurt am Main als Entwicklungschance gesehen, die für eine Sicherung zukünftiger Wertschöpfung genutzt werden sollte.

Frankfurt am Main befindet sich in einer sehr guten Ausgangssituation, um seine Position als internationaler Industriestandort auszubauen und sich nicht nur als internationaler Finanzplatz und Logistikstandort, sondern auch als Standort für eine „Neue Industrie“ zu positionieren und hier die Chancen von „Industrie 4.0“ zur Stärkung des eigenen Standorts aufzugreifen.

Aufgrund ihrer starken Verflechtungsbeziehungen ist die Industrie wichtig für die Entwicklung des gesamten Wirtschaftsstandortes, für den Wohlstand und für die Stabilität in der Gesellschaft. Dennoch stellt die ständige Weiterentwicklung des „Netzwerks Industrie“ und die stetige Verbesserung der Standortbedingungen eine Daueraufgabe dar. Die Abhängigkeit nicht weniger, auch größerer, Frankfurter Betriebe von standortbezogenen

Entscheidungen ihrer internationalen, nicht in Frankfurt am Main ansässigen Konzernzentralen, erfordert eine aufmerksame Beobachtung von Entwicklungen und Trends. Das gilt ebenso für die standortbezogenen Entscheidungen der vielen ansässigen kleinen und mittelständischen Industrieunternehmen.

Die Frankfurter Industrie sorgt in ihrer Funktion als zentraler Treiber der regionalen Wirtschaft für qualifizierte Arbeitsplätze und ein hohes Einkommen bei der Bevölkerung. Sie trägt zu Bildung und Wissen bei, die in einer zunehmend digitalisierten und flexiblen Wirtschaft eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und eine zentrale Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft bilden.

Die Industrie leistet aktuell rund 45 Prozent der Gewerbesteuvorauszahlungen in Frankfurt am Main, stellt damit die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit sicher, gewährleistet die Daseinsvorsorge der Stadt Frankfurt am Main und sichert ein stabiles Wachstum von Stadt und Metropolregion.

Mit ihren vielfältigen Produkten und Innovationen übernimmt die Industrie auch eine unersetzliche Funktion bei der Bewältigung von Herausforderungen, u.a. in den Bereichen Demographie, Energie, Mobilität, Urbanisierung, Gesundheit, Kommunikation, Infrastruktur, Sicherheit und Nachhaltigkeit. Sie ist ein wichtiger Impulsgeber für gesellschaftlichen Wandel.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung der Industrie erstreckt sich zudem bis hin zu ihrem Beitrag für die soziale Integration und für eine hohe Lebensqualität. Die Industrie trägt zur Identität und zum Image des Wirtschaftsstandorts bei.

Der Masterplan Industrie soll einen Rahmen für einen langfristigen Strategieprozess zur Weiterentwicklung der Industrie in Frankfurt am Main schaffen.

Die Stadt Frankfurt am Main erkennt die vielfältige und weitreichende Bedeutung der Industrie, auf die stärker denn je ein Hauptaugenmerk gelegt werden sollte.

Die Stadt Frankfurt am Main sollte den Masterplan-Prozess ausgehend von der vorliegenden Erklärung zukünftig fortführen, um diese Weiterentwicklung zu fördern, die notwendigen Anforderungen der Industrie an veränderte Rahmenbedingungen bestmöglich zu unterstützen und mit entsprechenden Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes zu begleiten.



Avenarius, Friedrich
Geschäftsführer; Geschäftsstelle Rhein-Main-Taunus; Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)



Cox, Peter-Martin
Geschäftsführer; Region Rhein-Main; Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten



Fiedler, Harald
Vorsitzender; Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Stadtverband Frankfurt am Main



Hetzer, Rainer
Leiter Personal; Mitglied der Geschäftsleitung; Continental AG, Division Chassis & Safety



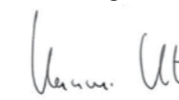
Kassner, Dr. Michael
Inhaber; Dr. Kassner Innovations- und Strategie-Consulting; ehem. Leiter der Siemens Region Mitte



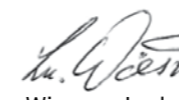
Raab, Dr. Ulrich
Geschäftsführer; Nord-Micro GmbH & Co. OHG



Schmidt, Günther
Bezirksvorsitzender; Bezirksverband Rhein Main; Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)



Utikal, Prof. Dr. Hannes
Vizepräsident; Professor im Fachbereich Betriebswirtschaftslehre; Provdavis School of International Management and Technology AG



Wiesner, Ludwig
Vorstand der Samson AG i. R



Bahasek, Karl
Personalleiter; Ferro GmbH



Erhardt, Michael
1. Bevollmächtigter; Verwaltungsstelle Frankfurt; Industriegewerkschaft Metall (IGM)



Frank, Markus
Stadtrat; Dezernent für Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr; Stadt Frankfurt am Main



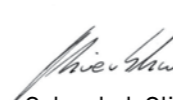
Hunscher, Martin
Leiter; Stadtplanungsamt Frankfurt am Main



Krüger, Michael
Sprecher der Geschäftsleitung; Glockenbrot Bäckerei GmbH & Co. OHG



Reiser, Rafael
Vorsitzender der Geschäftsführung; Allessa GmbH



Schwebel, Oliver
Geschäftsführer; Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH



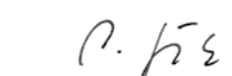
Vormann, Jürgen
Vorsitzender der Geschäftsführung; Infraser GmbH & Co. Höchst KG



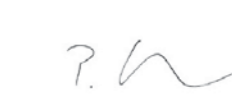
Bollin-Flade, Dagmar
Geschäftsführende Gesellschafterin; Christian Bollin Armaturenfabrik GmbH



Erkens, Ralf
Bezirksleiter; Bezirk Rhein-Main; Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)



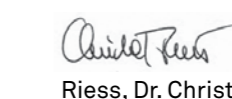
Gräßle, Matthias
Hauptgeschäftsführer; Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main (IHK)



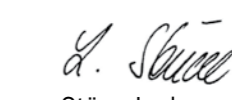
Kania, Peter
Leitender Magistratsdirektor a.D.



Ott, Dr. Ulrich
Vorsitzender der Geschäftsführung; Clariant Verwaltungsgesellschaft mbH



Riess, Dr. Christof
Hauptgeschäftsführer; Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main



Stüve, Ludger
Verbandsdirektor; Regionalverband FrankfurtRheinMain



Walz, Prof. Dr. Uwe
Professor für Volkswirtschaftslehre; insbesondere Industrieökonomie; FB Wirtschaftswissenschaften; Goethe-Universität Frankfurt am Main

I. MASTERPLAN-PROZESS

Die Stadt Frankfurt am Main versteht den Masterplan Industrie als einen Prozess, der an die bisherige kommunale Industriepolitik anknüpft, diese neu ordnet und intensiviert weiterführt.

Der Masterplan Industrie knüpft an das „Industriepolitische Leitbild“ von 1994 an, das einer Reihe erfolgreicher Maßnahmen den Weg geebnet hat, u.a. der Einrichtung der Ständigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz (SWAK), dem Frankfurter Industrieabend, dem Industrieparkgespräch, dem Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FIZ), dem House of Logistics an Mobility (HoLM), der Gründung des Digital Hub, der Erstellung der Industriekarte und des nachfolgenden Gewerbeflächenentwicklungsprogramms, der Entwicklung des Gewerbegebiets „Am Martinszehnten“, der Sicherung des Osthafens für die Industrie bis 2050 und zahlreichen weiteren Infrastrukturmaßnahmen. Weitere neue Maßnahmen sollten entsprechend der zukünftigen Standortanforderungen der Industrie entwickelt werden.

Der Koalitionsvertrag 2011-2016 sieht vor, den Industriestandort zu stärken, ein Kompetenzzentrum Industrie in der Wirtschaftsförderung zu installieren und einen Masterplan Industrie zu entwickeln. Das „Industriepolitische Leitbild“ von 1994 und die seitdem erfolgreich angestoßenen industriepolitischen Maßnahmen sollten demnach weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus forderte die Ständige Wirtschafts- und Arbeitsmarktkonferenz (SWAK) in ihrer gemeinsamen Erklärung im September 2011 eine ganzheitliche Neuordnung der Industriepolitik, dabei den industriellen Kern zu schützen und zu modernisieren, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu erhalten sowie Beschäftigung für alle Beschäftigtengruppen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Region zu bieten.

Der Masterplan Industrie wird mit seinen Aussagen auch beim Integrierten Stadtentwicklungskonzept (IStEk) einbezogen, das gegenwärtig von der Stadt Frankfurt am Main unter Federführung des Stadtplanungsamtes erarbeitet wird. Das IStEk soll einen Beitrag dazu leisten, die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main in einer mittelfristigen Perspektive zu klären.

Weitere Projekte wie die Zukunftsinitiative Metropolregion Infrastruktur (ZMI) – eine Kooperation zwischen Dezernaten der Stadt und namhaften Unternehmen – skizzierten eine Vielzahl von Maßnahmen, die bei der

Weiterentwicklung industriepolitischer Handlungsfelder berücksichtigt wurden.

Die Erarbeitung des Masterplans Industrie erfolgte in den Jahren 2012 bis 2015 nach einem von der Wirtschaftsförderung Frankfurt erstellten Rahmenkonzept und in einem strukturierten Vorgehen. Von Beginn an wurde er derart angelegt, eine möglichst hohe Akzeptanz sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkung zu entfalten. Mit der Bestandsanalyse, der Befragung von mehr als 100 Handwerks- und Industrieunternehmen im Rahmen der Industriestudie Frankfurt am Main, und der Zusammensetzung von acht Arbeitsgruppen zur Weiterentwicklung der industriepolitischen Handlungsfelder, in denen mehr als 70 Experten mitwirkten, wurden wesentliche Akteure in den Prozess einbezogen. Die Stadt Frankfurt am Main hebt sich mit diesem konzeptionellen Vorgehen von anderen deutschen Städten ab und strebt eine hohe Zustimmung und Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen an.

Außerdem begleitete der Beirat Industrie der Stadt Frankfurt am Main den Masterplan-Prozess aktiv, indem er Interessen synchronisierte und den Prozess in der Wirtschaft, der Öffentlichkeit und der Politik unterstützte. Der Beirat Industrie sollte diese Aufgabe auch in der Umsetzungsphase fortführen.

Der Beirat unter dem Vorsitz des Wirtschaftsdezernenten der Stadt Frankfurt am Main besteht aus engagierten und kompetenten Persönlichkeiten Frankfurter Industrieunternehmen, der IHK Frankfurt am Main, der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), der IG Metall (IGM), der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), der Stadtplanung Frankfurt am Main, dem Regionalverband FrankfurtRheinMain, der Goethe-Universität, der Provis-Hochschule und der Wirtschaftsförderung Frankfurt.

II. INDUSTRIE IN FRANKFURT AM MAIN

Die Industrie in Frankfurt am Main zeichnet sich durch eine ausgeprägte Strukturvielfalt aus, die auch zukünftig eine wesentliche Grundlage für eine stabile und ausgeglichene Entwicklung des gesamten Wirtschaftsstandorts bildet.

Die Strukturvielfalt der Frankfurter Industrie ist in mehrfacher Hinsicht erkennbar:

- Branchen- und Produktvielfalt (Chemie- und Pharma-, Elektro- und Elektronik-, Fahrzeug-, Maschinenbau-, Nahrungsmittelindustrie u.a.)
- Unterschiedliche Betriebsgrößen (z.B. Großunternehmen, kleine und mittlere Betriebe, Handwerksbetriebe)
- Ausgeprägte Internationalität (z.B. multinationale Konzerne, lokal und regional ausgerichtete Unternehmen)
- Betriebe auf allen Wertschöpfungsstufen (z.B. Produktion, Fertigung, Forschung und Entwicklung, Vertrieb, Hauptverwaltung, „hybride Unternehmen“ u.a.)
- Unternehmen in allen Lebenszyklusphasen (z.B. Gründungsunternehmen, junge innovative Unternehmen, Unternehmen in der Wachstumsphase, etablierte Traditionsunternehmen)
- Heterogene Standorte (über 40 Gewerbe- und Industriegebiete, Stadtteilgewerbe, Industrieparks, „Ein-Unternehmen-Standorte“ u.a.)

In Frankfurt am Main sind Betriebe fast aller Industriebranchen zu Hause. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsstandorten in Deutschland profitiert Frankfurt am Main insbesondere von seiner starken Position bei den exportintensiven Leitbranchen Chemie- und Pharma-, Elektro- und Elektronik- sowie Fahrzeug- und Maschinenbauindustrie. Für diese Leitbranchen wird in Deutschland bis 2030 ein überdurchschnittliches Produktionswachstum prognostiziert. Die gute Positionierung innerhalb dieser Wachstumsfelder trägt wesentlich zu einer vernetzten Wertschöpfung, zu internationalem Handel sowie zu Forschung und Entwicklung bei und verleiht der gesamten Wirtschaft in Frankfurt am Main damit wichtige Innovations- und Wachstumsimpulse.

In Frankfurt am Main sind derzeit rund 1.200 Betriebe des verarbeitenden Gewerbes tätig, die den sogenannten „industriellen Kern“ bilden. Doch die Industrie in Frankfurt am Main besitzt eine Bedeutung weit darüber hinaus und ist als ein Netzwerk aus produzierendem Gewerbe – also Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, der Energiewirtschaft, der Ver- und Entsorgung und des Baugewerbes – sowie industrienahen Dienstleistungen entlang von Wertschöpfungsketten zu

verstehen (Abb. 1). Damit übernimmt die Industrie eine treibende Rolle für Wachstum und Beschäftigung.

Die Vielfalt der Industrie in Frankfurt am Main zeigt sich auch in anderen Bereichen: So beschäftigen derzeit rund 83 Prozent der Frankfurter Industriebetriebe weniger als zehn Mitarbeiter (Abb. 2), die auch in den Stadtteilen verwurzelt sind und zu urbaner Vielfalt und Identität beitragen. Zugleich leisten multinational aufgestellte Industrieunternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern einen starken Beitrag zu internationalem Handel und Logistik. In Frankfurt am Main haben zudem derzeit 255 ausländische Industrieunternehmen ihren Sitz. Insgesamt ist die Exportquote der Frankfurter Industrie in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen, sodass weit über die Hälfte ihres Umsatzes im Ausland erwirtschaftet wird.

Die Frankfurter Industrie belegt mit einer Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem in Höhe von rund 140.500 Euro einen Spitzenplatz und zählt zu den produktivsten Industriestandorten im deutschen Städtevergleich (Abb. 3). Die Bruttowertschöpfung der Industrie von 6,2 Milliarden Euro entspricht einem Anteil von 12,5 Prozent an der gesamten Frankfurter Wirtschaft.

Dabei stabilisierte sich die Zahl der Frankfurter Industriebeschäftigten in den vergangenen Jahren und zeigte zuletzt sogar einen leichten Anstieg. Mit rund 38.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind heute ca. 7 Prozent der Frankfurter Beschäftigten in der Industrie tätig.

Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter der Industriebeschäftigten liegen rund 20 Prozent über jenen in der gesamten Frankfurter Wirtschaft. Die hohen Einkommen der Beschäftigten in der Industrie leisten einen bedeutenden Beitrag für Wohlstand und Lebensqualität über Frankfurt am Main hinaus.

Der Umsatz der Industriebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ist seit dem Jahr 2008 kontinuierlich angestiegen und liegt mittlerweile bei rund 17 Milliarden Euro.

Die Industrie sichert einen beachtlichen Anteil der 1,7 Milliarden Euro Gewerbesteuererinnahmen und damit den finanziellen Handlungsspielraum der Stadt Frankfurt am Main. Innerhalb der 100 größten Unternehmen in Frankfurt am Main leistet die Industrie rund 45 Prozent der Gewerbesteuervorauszahlungen (Abb. 4).

Abb. 1: Wertschöpfungsnetzwerk Industrie
(Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH)

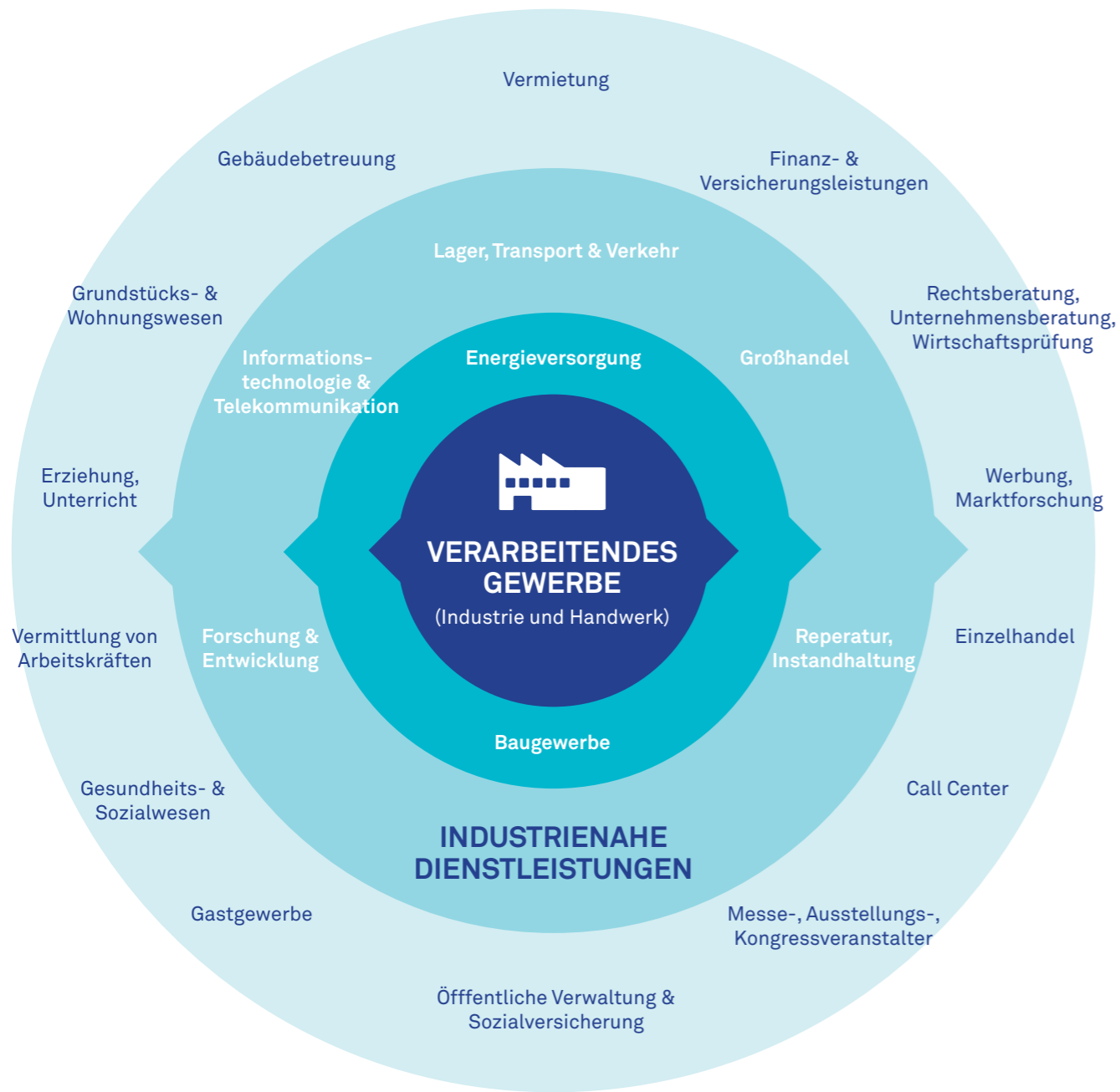


Abb. 2: Industriebetriebe (verarbeitendes Gewerbe) in Frankfurt am Main nach Betriebsgrößenklassen
(Stadt Frankfurt am Main 2014)

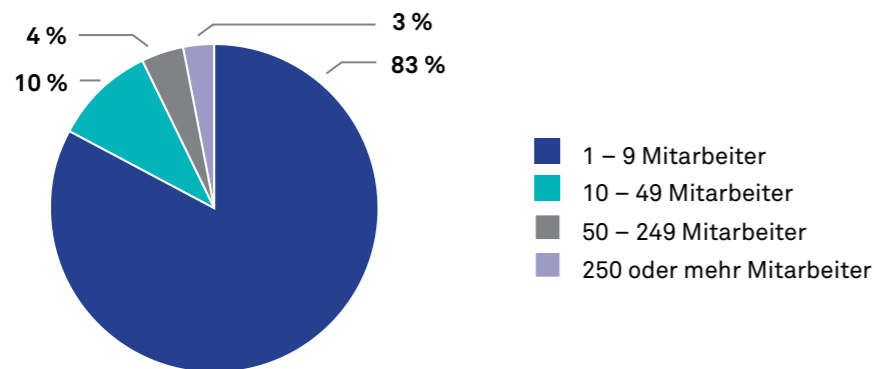


Abb. 3: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigem in der Industrie (verarbeitendes Gewerbe) im Städtevergleich
(Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder“ 2014 (in Euro))

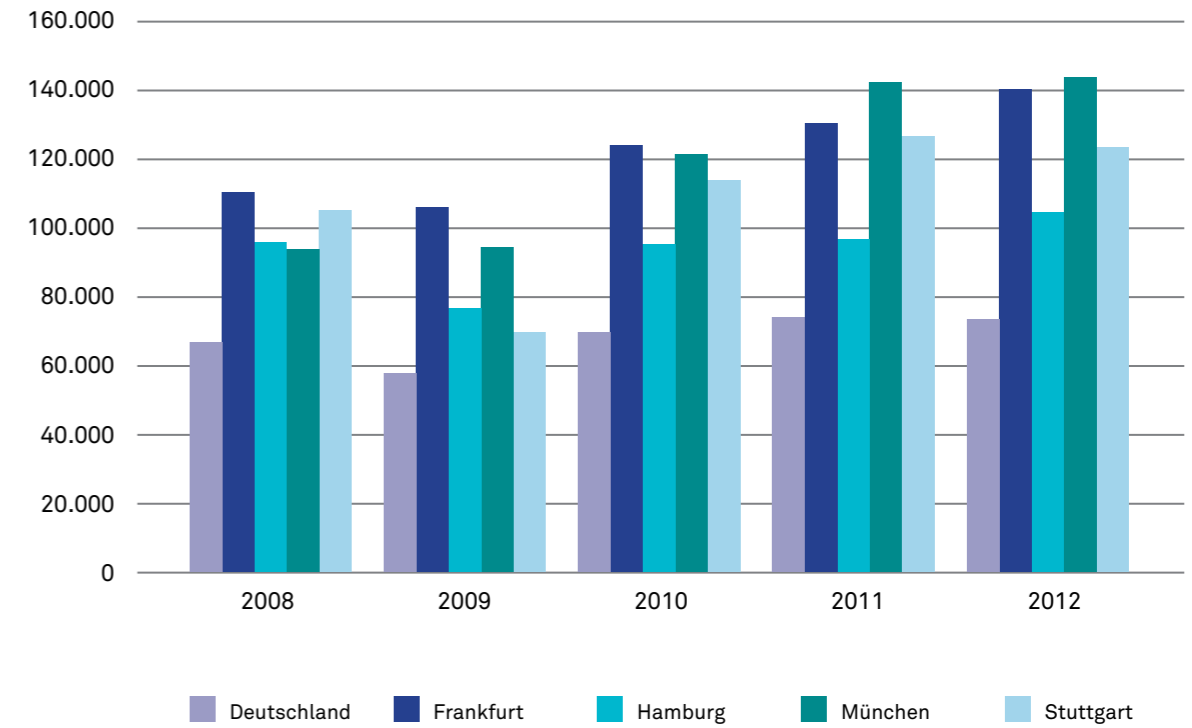
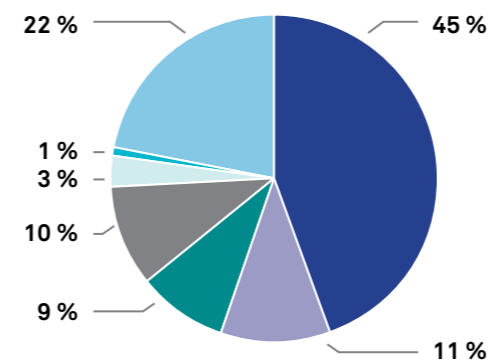
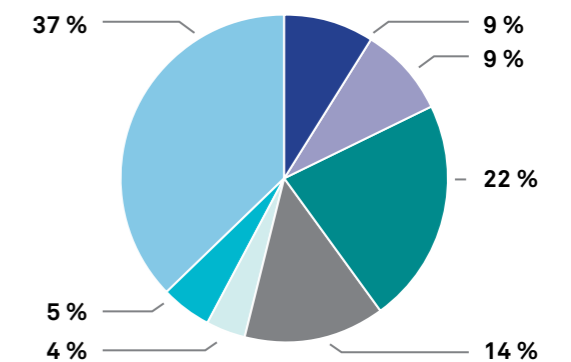


Abb. 4: Steuerkraft der Frankfurter Industrie
Gewerbesteuervorauszahlungen der 100 größten Betriebe zum 9.2.2015
(Kämmerei der Stadt Frankfurt am Main)

Verteilung nach Sektoren



Verteilung nach Betrieben



III. ZIELE UND LEITLINIEN

Mit dem Masterplan Industrie sollten das produzierende Gewerbe und das Netzwerk industrienaher Dienstleister nachhaltig gestärkt werden.

Der Masterplan-Prozess soll dazu beitragen, dass das Bewusstsein, die Akzeptanz und die Wertschätzung für die Industrie in Gesellschaft und Politik langfristig verbessert werden. Industrie- und Technologiefreundlichkeit sollten wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen begünstigen und damit die Planungssicherheit und Investitionsbereitschaft der Industrieunternehmen in Frankfurt am Main erhöhen.

Die Industrie sollte in Frankfurt am Main ganzheitlich entwickelt werden und in der Stadt institutionell, kulturell, räumlich und dialogisch stärker verankert werden.

Durch den Masterplan Industrie sollte die Strukturvielfalt der Industrie als wichtigste Grundlage einer stabilen Wirtschaftsentwicklung erhalten und gestärkt werden.

Die industrielle Entwicklung sollte dabei in messbaren Indikatoren beobachtet werden, z.B. mithilfe der Anzahl der Unternehmen, der Beschäftigung, der Bruttowertschöpfung, der Investitionen, der Forschungs- und Entwicklungsausgaben sowie der Produktivität.

Um diese Ziele zu erreichen ...

- ... sollte die Stadt Frankfurt am Main eine integrierte Industriestandortpolitik als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe einer vorausschauenden Stadtentwicklungspolitik betreiben.
- ... sollten Investitionen in die industrienaher Infrastruktur (z.B. Gewerbeflächen, digitale Infrastruktur, Energie- Verkehrs- und Logistikinfrastruktur) und andere Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zu einem attraktiven Wirtschafts- und Arbeitsplatzstandort beitragen.
- ... sollten Rahmenbedingungen für die Innovations- und Entwicklungsfähigkeit gestärkt, die Standortqualitäten ausgebaut und wettbewerbsfähige Standortkosten ermöglicht werden.
- ... sollten die Chancen der Digitalisierung und der „Neuen Industrie“ (Industrie 4.0) genutzt werden, um Innovationen, Wertschöpfung und Beschäftigung in Frankfurt am Main für die Zukunft zu sichern.
- ... sollten die engen Verflechtungsbeziehungen zwischen Produktion und Dienstleistung erhalten bleiben.
- ... sollte einer Abwanderung oder einem Verlust von Produktionsbereichen und Arbeitsplätzen entgegen gewirkt werden.

- ... sollte die Stadt Frankfurt am Main mit der Daseinsvorsorge dazu beitragen, dass die Wohn- und Lebensqualität und die Attraktivität als Arbeitsplatzstandort erhöht werden.

Die Attraktivität des Industriestandorts Frankfurt am Main für Unternehmen, für deren Beschäftigte und für zukunftsweisende Investitionen soll entsprechend den Standortanforderungen – wie sie in der Industriestudie dargelegt wurden – kontinuierlich weiterentwickelt werden. Die Standortanforderungen einer „Neuen Industrie“ und der Start-up-Szene sind besonders zu berücksichtigen, um die Erneuerungsfähigkeit der Frankfurter Industrie und den stabilen industriellen Entwicklungspfad zu festigen. Die Industriestudie hat hierzu grundlegende industriepolitische Handlungsfelder identifiziert.

IV. INDUSTRIEPOLITISCHE HANDLUNGSFELDER UND MASSNAHMEN

Im Rahmen des Masterplan-Prozesses entwickelten Arbeitsgruppen Ziele und Maßnahmen auf den folgenden acht industriepolitischen Handlungsfeldern:

- Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept
- Digitale Infrastruktur
- Energie
- Logistik
- Attraktivität der Industrie:
 - Kommunikation und Positionierung
- Arbeit und Qualifizierung
- Verwaltungsprozesse und Behördenservice
- Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft

Die Projektvorschläge der Arbeitsgruppen stellen jeweils drei priorisierte Maßnahmenbereiche aus einer Vielzahl möglicher Aktivitäten dar. Aufgrund der zentralen Bedeutung der Thematik „Flächenverfügbarkeit“ wurden zum „Räumlich-funktionalen Entwicklungskonzept“ weitere Projektvorschläge aufgenommen. In allen Arbeitsgruppen wurden darüber hinaus zusätzliche mögliche Aktivitäten diskutiert, die im zukünftigen Masterplan-Prozess auch aufgegriffen werden sollten. Die Analyse von Ausgangssituation und Handlungsbedarf in den einzelnen Arbeitsgruppen führte auch zu Handlungsfeld-übergreifenden Projektvorschlägen und Querschnittsthemen, denen im weiteren Masterplan-Prozess eine besondere Aufmerksamkeit gelten soll.

RÄUMLICH-FUNKTIONALES ENTWICKLUNGSKONZEPT

AUSGANGSSITUATION

Der Beirat Industrie erachtet das „Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept“ (RfEk) als einen zentralen Baustein des Masterplans Industrie und verbindet mit diesem wegweisende Maßnahmen zur Stärkung des Industriestandorts Frankfurt am Main. Bereits das „Industriepolitische Leitbild“ von 1994 formulierte auf den Handlungsfeldern „Planung“ und „Flächenmanagement“ wegweisende Maßnahmen. Zudem entwickelte das Stadtplanungsamt im Jahr 2004 in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm (die vorherige Industriekarte 1996). Grundlage war das Gewerbeflächenkataster, das vom Stadtplanungsamt regelmäßig fortgeschrieben wird.

Die Industrie in Frankfurt am Main verfügt aufgrund ihres hohen Anteils an technologie- und exportintensiven Leitbranchen – also Chemie- und Pharma-, Elektro- und Elektronik-, Fahrzeugbau- und Maschinenbauindustrie – überdurchschnittliche Wachstumspotenziale. Die Entwicklungsperspektiven für die Industrie werden übereinstimmend günstig bewertet. Mehrere Megatrends, z.B. die Urbanisierung, werden sich Prognosen zufolge für Frankfurt am Main wirtschaftlich positiv auswirken und die Nachfrage nach Gewerbeflächen beeinflussen, denn: Frankfurt am Main ist mit seiner sehr guten Infrastruktur, insbesondere der digitalen Infrastruktur und der Logistikinfrastruktur, für die Anforderungen der Globalisierung und für die Herausforderungen der Industrie 4.0 gut aufgestellt.

Nach einem Basisszenario der im Rahmen des RfEk erarbeiteten Flächenbedarfsprognose wird die Produktion bis 2030 um 30 Prozent zunehmen. Um eine solche Expansion zu ermöglichen, sind rund 60 Hektar zusätzlicher Betriebsflächen erforderlich, davon 40 Hektar allein für die Chemie- und Pharmaindustrie. Zudem wird der Flächenbedarf weiterer auf Gewerbeflächen angewiesener Nutzungen (Logistik- und Baugewerbe, Großhandel, Kfz-Service, großflächige Rechenzentren) auf 50 bis 90 Hektar geschätzt. Schließlich wird erwartet, dass in Gewerbegebieten rund 80 Hektar durch Nutzungen nachgefragt werden, die zwar in der Vergangenheit Gewerbeflächen bereits in erheblichem Umfang in Anspruch genommen haben, aber auf solche nicht zwingend angewiesen sind. Dazu gehören etwa

Nutzungen im Bereich von Einzelhandel, von industriefernen Dienstleistungen und von selbständigen Büros.

Von rund 1.510 Hektar im Gewerbeflächenkataster der Stadt Frankfurt am Main erfassten Gewerbeflächen liegen 440 Hektar (netto) in den Industrieparks in Höchst, Griesheim und Fechenheim. Rund 120 Hektar liegen in den CargoCitys am Flughafen. Die übrigen rund 950 Hektar werden zur Hälfte von Nutzungen belegt, die auf Gewerbeflächen angewiesen sind, und zu knapp 40 Prozent von Betrieben, für die eine Lage im Gewerbegebiet vorteilhaft sein kann, die aber nicht zwingend darauf angewiesen sind oder dort sogar verdrängend wirken.

Industrie- und Gewerbegebiete in einer Größenordnung von 210 Hektar – davon knapp 90 Hektar in den Industrieparks – waren Ende 2013 ungenutzt, weitere rund 140 Hektar waren sehr gering genutzt bzw. wiesen erhebliche Immobilienleerstände auf. Ein wesentlicher Teil dieser Gewerbeflächenpotenziale steht dem Markt aus unterschiedlichen Gründen jedoch nicht zur Verfügung und müsste erst aktiviert werden, um eine Nutzung zu ermöglichen. Außerhalb der Industrieparks werden 85 Hektar Gewerbeflächenpotenzial bis 2030 als tatsächlich aktivierbar eingeschätzt.

Nicht jede Gewerbefläche jedoch ist für jede Nutzung geeignet. Der für die Industrieparks prognostizierte Flächenbedarf, insbesondere der Chemie- und Pharmaindustrie, kann dort bis 2030 abgedeckt werden. Der weitere Gewerbeflächenbedarf des verarbeitenden Gewerbes und anderer auf Gewerbegebietsflächen angewiesener Nutzungen kann dagegen nur dann abgedeckt werden, wenn es gelingt, die vorhandenen Gewerbeflächenpotenziale in ausreichendem Maße zu aktivieren. Dabei müsste nicht nur die bisherige Aktivierungsrate aufrechterhalten werden, sondern auch die Gewerbeflächeninanspruchnahme durch solche Nutzungen deutlich reduziert werden, die nicht auf diese Flächen angewiesen sind und dort in Konkurrenz zu industrieller Nutzung stehen.

ZIELE

Das „Räumlich-funktionale Entwicklungskonzept“ sollte aus Sicht des Beirats Industrie eine Grundlage für Planungen und Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung eines bedarfsgerechten Angebots an Gewerbeflächen, zur Aktivierung und Qualifizierung bestehender Gewerbeflächen, zur räumlichen Erweiterung von Bestandsfirmen sowie zur Steuerung von Ansiedlungen

bilden und als Informationsbasis und Handlungsgrundlage für Politik und Verwaltung dienen. Es soll dazu beitragen, die Position von Industrie und Gewerbe im Flächenwettbewerb zu stärken und die Planungs- und Investitionssicherheit der Betriebe zu erhöhen. Das Konzept knüpft dabei an das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm von 2004 (die vorherige Industriekarte) an und schreibt dieses fort.

Die folgenden Leitlinien sollten den Orientierungsrahmen für das RfEk bilden:

- Frankfurt am Main als Industriestandort weiter entwickeln
- Ein bedarfsgerechtes Gewerbeflächenangebot sichern
- Potenziale der Innenentwicklung nutzen
- Betrieben, die auf Gewerbegebiete angewiesen sind, Priorität einräumen
- Potenziale der Industrieparks nutzen
- Einschränkungen der Flächenverfügbarkeit überwinden
- Beeinträchtigungen der Umwelt vermeiden
- Infrastrukturelle Voraussetzungen gewährleisten
- Stärken stärken, Qualitäten und Profile entwickeln
- Regionale Kooperation ausbauen
- Kommunikation und Information intensivieren
- Perspektiven für das Stadtteilgewerbe aufzeigen

Diese Leitlinien sollten bei allen Planungen und Entscheidungen, die sich auf die Verfügbarkeit und Nutzung von Gewerbeflächen im Stadtgebiet auswirken, berücksichtigt werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Flächensicherungskonzept

Zur Abdeckung des prognostizierten Gewerbeflächenbedarfs geht das RfEk von der Flächenkulisse des 2004 beschlossenen Gewerbeflächenentwicklungsprogramms und des Regionalen Flächennutzungsplans aus.

Wenn es gelingt, Gewerbeflächenpotenziale weiterhin im bisherigen Umfang zu aktivieren, kann damit der Bedarf jener Nutzungen, die auf Flächen in Gewerbegebieten angewiesen sind, abgedeckt werden. Damit verbleibt jedoch wenig Spielraum für die nur begrenzt beeinflussbare Flächeninanspruchnahme durch sonstige gewerbegebietsaffine Nutzungen. Daher wird empfohlen, ein Flächensicherungskonzept zu beschließen, welches die genannte Flächenkulisse langfristig für gewerbliche Nutzungen sichert und auf diesen Flächen

den auf Gewerbe- und Industriegebieten angewiesenen Nutzungen Vorrang einräumt (siehe beigefügte Übersichtskarte S. 15). Wo Gewerbeflächenausfälle für die genannten Nutzungen nach sorgfältiger Abwägung unvermeidbar sind, ist für gleichwertigen Ersatz zu sorgen.

Sollte sich in dem einzurichtenden Monitoring-Prozess abzeichnen, dass die Gewerbeflächenbedarfsentwicklung den Prognoserahmen übersteigt oder eine notwendige Aktivierung von Flächenpotenzialen nicht in dem angenommenen Umfang gelingt, hält der Beirat Industrie die Ausweisung eines zusätzlichen Gewerbegebiets für erforderlich. Aufgrund des notwendigen Planungsvorlaufs sollte ein Prüfauftrag für in Frage kommende Gewerbeflächen eingeleitet werden. Der Beirat Industrie hält zudem einen Prüfauftrag für die reale Aktivierbarkeit von Gewerbeflächenpotenzialen für erforderlich.

Projektvorschlag 2: Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten

Um Engpässe der Flächenverfügbarkeit zu vermeiden, sollten klare Prioritäten zugunsten von auf Gewerbegebietsstandorte angewiesenen Nutzungen gesetzt werden. Im Rahmen der Abwägung sollte der besonderen Bedeutung des verarbeitenden Gewerbes und den für die Nutzung durch Industriebetriebe besonderen Standortqualitäten der Industrieparks in Höchst, Griesheim und Fechenheim sowie der Gewerbeflächen in den Häfen und am Flughafen Rechnung getragen werden.

Um die Prioritäten der Flächeninanspruchnahme umzusetzen, sind die Steuerungsinstrumente des Planungsrechts, z.B. zum Ausschluss oder zur Beschränkung bestimmter Nutzungen in Gewerbegebieten, aber auch die Einflussnahme über Förderinstrumente, über die Beratung von Betrieben und über zielorientiertes Flächenmarketing zu nutzen.

Projektvorschlag 3: Vermeidung von Nutzungskonflikten

Der Beirat Industrie spricht sich dafür aus, in einem Abstand von 300 Metern – bei Betrieben, die der Störfallverordnung unterliegen, in einem Abstand von mindestens 500 Metern – um die Grenzen von Industriegebieten neue Wohnbauvorhaben auszuschließen. Im Übrigen sollten bei jedem Heranrücken störimpfindlicher Nutzungen planerische Vorkehrungen getroffen werden, die Beschränkungen der ausgeübten wie der zulässigen gewerblichen Nutzung ausschließen. Wo eine enge Nachbarschaft zwischen Wohnen und Gewerbe bereits gegeben ist, sollten Lösungen zur Konflikt-

vermeidung gesucht werden. Bei Betriebsaufgaben auf Flächen des Flächensicherungskonzepts wird eine Umwidmung zu anderen Nutzungsarten nicht unterstützt.

Gewerbeflächen, die sich für die Ansiedlung oder Erweiterung von Störfallbetrieben eignen, stellen gerade in Frankfurt am Main mit seiner bedeutenden Chemieindustrie eine unersetzliche Ressource dar, die es zu bewahren und zu nutzen gilt.

Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten zur Ausgestaltung des unzureichenden bundesdeutschen Immissionsschutzrechts sollten ausgelotet und ergriffen werden.

Projektvorschlag 4: Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen

Das RfEk geht nach der Gewerbeflächenbedarfsprognose davon aus, für sämtliche Flächen des Flächensicherungskonzepts bis 2030 falls erforderlich Planungsrecht anzupassen oder zu schaffen. Dabei ist es erforderlich, Flächenpotenziale und deren Aktivierbarkeit grundsätzlich zu prüfen. Zudem bedarf es in vielen Fällen einer konzeptionellen Vorklärung: In teilträumlichen städtebaulich-gewerblichen Entwicklungskonzepten sollten die Möglichkeiten ausgelotet werden, wie sie qualifiziert und profiliert werden können. Zudem sollten die Entwicklungsabsichten der Eigentümer eingebunden, Aktivierungsergebnisse ermittelt sowie Ziele und Prioritäten der Gebietsentwicklung und dafür notwendige Maßnahmen benannt werden.

Eine besondere Herausforderung ist es, innerhalb privaten Eigentums Flächenpotenziale zu aktivieren. Daher wird eine ämterübergreifende „Taskforce Flächenaktivierung“ vorgeschlagen, die zunächst in Modellgebieten mit besonderem Aktivierungsbedarf tätig werden könnte.

Projektvorschlag 5: Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten

Die Qualifizierung von Gewerbegebieten ist dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Wichtige Aspekte sind die Sicherung ihrer ökonomischen, ökologischen und sozialen Zukunftsfähigkeit, die Verbesserung der technischen Infrastruktur, der sparsame Umgang mit Flächenressourcen und die stadtverträgliche Abwicklung des Verkehrs. Die Erfahrungen aus dem Prozess „Nachhaltiges Gewerbegebiet“ sollten auch für andere Gewerbegebiete in Frankfurt am Main genutzt werden. Zur Qualifizierung der Gewerbegebiete ist eine leistungsfähige äußere Erschließung erforderlich. Dazu gehört neben der Verkehrsanbindung auch eine digitale

Infrastruktur, die den Herausforderungen der Industrie 4.0 gerecht wird. Der Beirat Industrie empfiehlt zudem, eines der bestehenden Gewerbegebiete zu einem „Digitalen Gewerbegebiet“ zu entwickeln.

Im Zuge der Ausdifferenzierung der Standortanforderungen von Unternehmen und des Wettbewerbs der Wirtschaftsstandorte untereinander wird es immer wichtiger, Standorte so zu qualifizieren, dass ihre spezifischen Qualitäten zur Geltung kommen. Für Gebiete, die sich für eine solche Profilierung eignen, sollten deshalb die Standortqualitäten herausgearbeitet und zu kommunizierbaren Gewerbegebietsprofilen verdichtet werden.

Projektvorschlag 6:
Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft im Rahmen der städtischen Liegenschaftspolitik

Die Stadt Frankfurt am Main verfügt derzeit nur über wenige eigene Gewerbeflächen. Damit jedoch wesentliche Zielgruppen unabhängig vom Marktverhalten Dritter flexibel und zeitnah versorgt werden können, sollte ein Zwischenerwerb von geeigneten Grundstücken geprüft werden. Hierzu schlägt der Beirat Industrie die Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft vor – vergleichbar mit der ABG Frankfurt Holding für den Wohnungsbau. Diese Gesellschaft sollte sich um den Erwerb, die Entwicklung und die Bewirtschaftung z.B. von Schlüsselgrundstücken, Problemliegenschaften oder Gewerbegebieten kümmern.

Projektvorschlag 7:
Perspektiven für das Stadtteilgewerbe

Die Mischung aus Wohnungen, Handwerks- und sonstigen Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben stärkt die Identität der Quartiere, trägt zur urbanen Vielfalt und zur wohnungsnahen Versorgung mit handwerklichen und Reparaturdienstleistungen bei, ermöglicht Kunden und Beschäftigten kurze Wege und entlastet die Gewerbegebiete. Das Ziel, solche Nutzungsmischungen zu erhalten, sollte deshalb intensiv kommuniziert werden und als Leitlinie für Verwaltungsentscheidungen dienen.

Störungen und Beeinträchtigungen zwischen den unterschiedlichen Nutzungsgruppen sollten in gegenseitiger Rücksichtnahme in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden. Die Stadt sollte bei Konflikten eine moderierende Rolle einnehmen, um Akzeptanz zu werben und neue Wege des Miteinanders anregen. Betriebe in Gemengelage sollten ein Beratungsangebot zu Fragen der Standortsicherung abrufen können. Zur Sicherung

von Nutzungsmischungen steht weiterhin eine Reihe von planungs-, bauordnungs- und immissionsschutzrechtlichen Instrumenten zur Verfügung.

Für Betriebe, deren vertragliche Integration in Mischgebieten nicht erreicht werden kann, sollten solche Flächenangebote verfügbar sein, die aus Wohngebieten gut erreichbar und kleinteilig strukturiert sind. Darunter sollten auch Flächen zur Miete oder zur Pacht sein. Durch Unterstützung von Immobilienentwicklungen wie zum Beispiel Gewerbehöfen kann ein spezifischer Engpass an Angeboten für Handwerks- und kleine stadtteilorientierte Betriebe des Dienstleistungs- und Verarbeitenden Gewerbes, die nicht kaufen und bauen wollen, abgemildert werden. Für frei werdende Gewerbebestände wird eine vertragliche gewerbliche Nachnutzung angestrebt.

Projektvorschlag 8:
Fortlaufende Überprüfung des Konzepts (Monitoring)

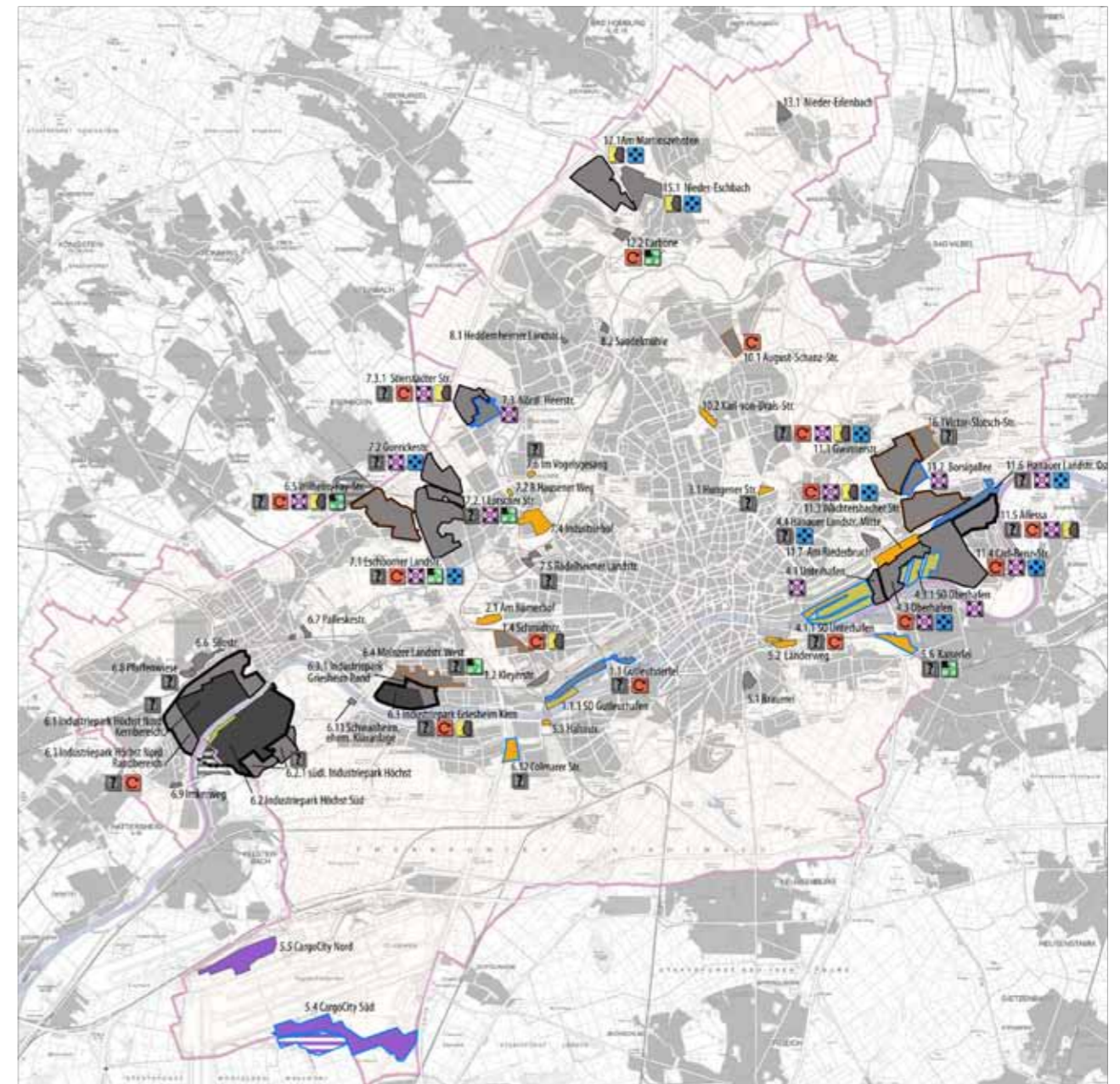
Das RfEk sollte regelmäßig aktualisiert, in seinen Annahmen und Empfehlungen überprüft und bei Bedarf insofern inhaltlich angepasst werden, dass es längerfristig als wirkungsvolles Instrument für die städtische Gewerbeflächenpolitik zur Verfügung steht.

Um eine anforderungsorientierte Gewerbeflächenpolitik zu betreiben, müssen die Situation sowie die Entwicklung des Angebots und des Bedarfs an Gewerbeflächen fortlaufend aktuell und qualifiziert eingeschätzt werden. Die Entwicklung von Flächenbedarf und Flächenpotenzialen sowie die Fortschritte bei der Umsetzung des RfEk sollten deshalb in regelmäßigen Abständen in einem Monitoringbericht zusammengefasst und zur Diskussion gestellt werden, um auf dieser Basis das Konzept aktuell zu halten.

Projektvorschlag 9:
Unterstützung der Ziele des RfEk in weiteren Handlungsfeldern

Die Umsetzung der Ziele und Leitlinien des RfEk soll in einer Reihe von ergänzenden Handlungsfeldern unterstützt werden:

- Eine umfassende *Kommunikation und Information* zur Gewerbeflächenpolitik der Stadt sollte ansässigen und ansiedlungsinteressierten Unternehmen Sicherheit vermitteln und zur Akzeptanz beitragen. Dazu gehört ein klares Bekenntnis zur Bedeutung von Industrie und Gewerbe für die Stadt, das über alle Ebenen von Politik und Verwaltung hinweg verbindlich kommuniziert wird.



Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept Frankfurt am Main (RfEk) im Rahmen des Masterplans Industrie

Gebiete, die für Industrie und Gewerbe zu sichern sind

- Industrieparks - Kernbereiche / weitere Industrieparkflächen
Präferenz für industrieparkaffines Gewerbe
- Klassische Gewerbe- und Industriegebiete
Präferenz für auf Gewerbegebiete angewiesene Nutzungen
- Häfen
Präferenz für hafenauffines Gewerbe
- CargoCitys
Präferenz für flughafenauffines Gewerbe
- Übrige Gewerbegebiete
Keine Nutzungspräferenz

Gebiete mit Flächenpotenzialen > 3 ha

- besonders geeignet für Verarbeitendes Gewerbe
- besonders geeignet für kleinteiliges, stadtraumbezogenes Gewerbe
- sonstige Gebiete mit Flächenpotenzialen > 3 ha (ungenutzte, mindergenutzte und Leerstandsflächen)

Gebiete mit Handlungsbedarf

Handlungsempfehlungen zur Unterstützung der Ziele des RfEk

- Klärung der planerischen Ziele und Voraussetzungen (z.B. stadtplanerisches oder betriebliches Konzept, Planungsrecht, Umlegung)
- Aktivierung von Flächenpotenzialen (ungenutzte, mindergenutzte und Leerstandsflächen)
- Verbesserung der äußeren Erschließung
- Qualifizierung und Profilierung
- Ausrichtung der städtischen Liegenschaftspolitik auf gewerbepolitische Ziele
- Initiierung bzw. Weiterentwicklung von Standortgemeinschaften

Sonstige Darstellungen

- 6.6 Silostr. Flächen-Nr. und -Bezeichnung gem. Gewerbeflächenkataster
- Unmittelbar anschließende Gewerbegebiete außerhalb der Stadtgrenze



Grundlage: Gewerbeflächenkataster der Stadt Frankfurt a.M., eigene Änderungen und Ergänzungen mit Stand 1.1.2014

- Die *projektbezogene Verwaltungskooperation* sollten intensiviert und dadurch Investitionen der gewerblichen Wirtschaft unterstützt werden
- Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung in der Metropolregion erfordert eine *regionale Kooperation* in der Gewerbeflächenpolitik. In diesem Sinne sollte das RfEk perspektivisch in ein Entwicklungskonzept für den gesamten Wirtschaftsraum eingebettet werden.

DIGITALE INFRASTRUKTUR

AUSGANGSSITUATION

Die intelligente Verzahnung der Produktion mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik bietet der Industrie innovative Wege, um neue, nach individuellen Kundenwünschen maßgeschneiderte Produkte im Sinne von Industrie 4.0 zu entwickeln und herzustellen.

Damit eröffnen sich für die Industrie neue Möglichkeiten: So können neue Märkte erschlossen, ressourceneffiziente Wertschöpfungsketten aufgebaut und attraktive Arbeitsplätze geschaffen werden.

Doch um diese Potenziale tatsächlich zu heben und sich dabei im internationalen Wettlauf durchzusetzen, braucht es moderne und effiziente Industriebetriebe, in denen zukünftig intelligente Maschinen untereinander sowie mit den Menschen kommunizieren und kooperieren und dadurch selbständig Fertigungsprozesse steuern und kontrollieren können. Die damit einhergehenden Veränderungen betreffen alle Wertschöpfungsstufen von Forschung und Entwicklung bis zu Logistik und Energiemanagement.

Ein weiterer Vorteil von Industrie 4.0 besteht darin, dass die neuen Produktionsprozesse aufgrund ihres höheren Anteils an Dienstleistungstätigkeiten besser mit dem urbanen Umfeld harmonisieren (Urban Production). Durch Industrie 4.0 ergeben sich Veränderungen unter anderem für die Innovationstätigkeit, für die Zusammenarbeit von Unternehmen, für die Branchenstruktur sowie für die Aufgaben von Arbeitskräften und damit für die Anforderungen, die an deren Qualifikation gestellt werden.

Aus all diesen Gründen ist damit zu rechnen, dass sich die Standortanforderungen der Betriebe und damit der Flächenbedarf ändern werden. Denn aufgrund ihres enormen Daten- und Energiebedarfs hat die digitale Wirtschaft besonders hohe Anforderungen an die Infrastruktur ihres Standorts. Die dortigen Bedingungen entscheiden maßgeblich über die Wettbewerbsfähigkeit der Industriebetriebe. Dementsprechend benötigt die Industrie zukünftig eine leistungsstarke digitale Infrastruktur. Das trifft insbesondere für die Chemie- und Pharma, Elektro- und Elektronik-, Fahrzeug- und Maschinenbauindustrie sowie den Bereich Logistik und Mobilität zu.

Frankfurt am Main bietet mit seinem dichten Glasfasernetz an den „Hauptschlagadern“ und als Internetknoten mit internationaler Reichweite eine der leistungsfähigsten digitalen Infrastrukturen weltweit und damit sehr gute Ausgangsbedingungen für eine Industrie 4.0.

Aufgrund enormer Nachrüstungen in den vergangenen Jahren, sind die Frankfurter Industrie- und Gewerbegebiete in hohem Maße, aber noch nicht flächendeckend, mit Glasfaserleitungen erschlossen.

ZIELE

Der abrupte Wandel zu digitalen Prozessen und der rasante Anstieg der Datenvolumina erfordern, eine entsprechend leistungsfähige Infrastruktur bereit zu stellen. Am Industriestandort Frankfurt am Main sollten diese Anforderungen sowohl in bestehenden als auch in neuen Industrie- und Gewerbegebieten gewährleistet sein.

Mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit von Industriestandorten sollte zukünftig bei Erweiterungen oder Neuausweisungen von Industrieflächen besonders beachtet werden, dass die Anforderungen einer Industrie 4.0 hinsichtlich einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur erfüllt sind. Dies bedeutet, dass bereits im Planungsprozess eine ausreichende Versorgung der Fläche mit digitaler Infrastruktur (Trassen und Bandbreite) und der hierfür erforderlichen Energie berücksichtigt werden sollte.

Planungsvorhaben sollten demnach von Anfang an unter allen beteiligten Behörden abgestimmt und mit „digitalem Sachverstand“ begleitet werden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Reformierung des Planungsprozesses

Für die Ausweisung neuer oder die Entwicklung bestehender Gewerbegebiete sollte verwaltungsübergreifend ein einheitlicher Prozess entworfen werden, der eine gemeinschaftliche und parallele Vorgehensweise z.B. bei der Planung, bei Genehmigungen, bei der Aufsicht und bei der Finanzierung vorsieht. Nur durch eine vorausschauende Planung kann ein reibungsloser Ablauf erzielt und der gesamte Entwicklungsprozess beschleunigt werden.

Die Stadt Frankfurt am Main muss solche Vorhaben durchgängig mit „digitalem Sachverstand“ begleiten.

Digitale Infrastruktur sollte dabei als Bestandteil der gesamten Infrastruktur fest etabliert sein. Durch diese Vorgehensweise lassen sich für die Stadt Frankfurt am Main und für ansässige Unternehmen auch erhebliche Kosten vermeiden, die durch teure Nachrüstungen entstehen würden.

Die genannten Befugnisse sollten organisatorisch in einem Dezernat zusammengeführt werden.

Projektvorschlag 2: Vorausschauende Ausstattung mit digitaler Infrastruktur

Eine „Neue Industrie“ kann nur mit einer umfassenden Versorgung mit Glasfasertechnologie zukunftsfähig sein. Deshalb müssen bei allen Baumaßnahmen flächendeckend Leerrohre verlegt werden, die eine Erreichbarkeit der weiterhin wachsenden Glasfasernetze gewährleisten.

Die zu gewährleistende Mindestbandbreite für Industrieunternehmen liegt bei 150 Megabit pro Sekunde (Mbits/s).

Projektvorschlag 3: Vorausschauende Ausstattung mit Energieinfrastruktur

Mit der Anwendung umfangreicher Digitaltechnik ist ein hoher Energiebedarf der Unternehmen verbunden. Dies gilt sowohl mit Blick auf neue Gewerbegebiete als potentielle Standorte für Rechenzentren, als auch mit Blick auf die Anforderungen, die sich aus der Anwendung von Industrie 4.0 innerhalb der Unternehmen für die notwendige digitale Infrastruktur ableiten.

Deshalb sollten bei Planungen von Gewerbegebieten Kapazitäten von 30 bis 150 Kilovoltampere (kVA) zur Verfügung gestellt werden, mit einem Umspannwerk in erreichbarer Nähe.

ENERGIE

AUSGANGSSITUATION

Um die energetischen Fragestellungen im Bereich der Industrie in Frankfurt am Main zu beantworten, ist eine sektorenübergreifende Betrachtung notwendig. Eine Beschränkung auf die Industrie alleine ist nicht zielführend, da sich energetische Maßnahmen in der Regel auf alle Sektoren auswirken, auch auf die industrienahen und sonstigen Dienstleistungen.

Dies bedeutet zum einen, dass alle Verbraucher in die Betrachtung einbezogen werden müssen, also Industrie, Gewerbe / Handel / Dienstleistungen, Verkehr, etc. Zum anderen müssen alle Energieträger und -formen betrachtet werden, nämlich Wärme / Kälte, Treibstoffe und Strom. Eine Fokussierung des Themas „Energieverbrauch“ auf den Sektor Strom, wie sie in der öffentlichen Diskussion häufig stattfindet, ist nicht lösungsorientiert, denn der Hauptanteil des Endenergieverbrauchs in Frankfurt am Main entfällt auf Energie in Form von Wärme (50 Prozent). Strom macht 30 Prozent, Treibstoffe machen rund 20 Prozent aus.

Die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Akteure im Energiesektor sind durch landespolitische, bundespolitische und europäische Rahmenbedingungen beeinflusst bzw. begrenzt. Dennoch müssen die kommunalen und regionalen Aspekte der Energieversorgung im Sinne eines Bottom-up-Prozesses in den landes- und bundespolitischen Diskurs eingespeist werden.

Ein besonderes Augenmerk ist auf die strukturellen Besonderheiten von Frankfurt am Main zu legen. Zu diesen gehören zunächst die Großverbraucher der Stadt, hier insbesondere der Flughafen Frankfurt mit 85 Megawatt Anschlussleistung, aber auch die stark wachsende Zahl von Internetrechenzentren mit steigendem Strombedarf (Anstieg seit 2010 von 10 Prozent auf 20 Prozent des Frankfurter Gesamtjahresstromverbrauchs) sowie der Industriepark Höchst, dessen Anteil am gesamten Frankfurter Stromverbrauch rund 30 Prozent beträgt. Im Wärmesektor entfallen ebenfalls rund 28 Prozent des Frankfurter Gesamtverbrauchs auf den Industriepark Höchst. Der kontinuierlich starke Anstieg des Strompreises seit dem Jahr 2000 um jährlich rund sieben Prozent für Unternehmen birgt erhebliche Gefahren für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Mit Blick auf den internationalen Markt und mit Blick auf die Versorgungssicherheit ist das Thema Energieversorgung gerade für die in Frankfurt am Main zahlreich vorhandenen international agierenden Unternehmen von strategischer und erfolgskritischer Bedeutung.

Als bereits bestehende Maßnahmen sind vor allem die geplante Entwicklung eines „Nachhaltigen Gewerbegebietes“, der „Masterplan 100 % Klimaschutz“ und an Unternehmen adressierte kommunale Förderprogramme zu nennen.

ZIELE

Sämtliche energetische Zielsetzungen und Leitvorstellungen müssen unter der Prämisse stehen, die Attraktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Frankfurt am Main beizubehalten und zu stärken. Künftige kommunale energierelevante Maßnahmen dürfen deshalb keinesfalls zu weiteren Belastungen oder sonstigen Nachteilen für die Frankfurter Industrie führen.

Zur langfristigen Standortsicherung sind konstante, innovations- und industriefreundliche Rahmenbedingungen im Bereich der Energie bzw. der Energieversorgung zu schaffen. Die Planungs- und Investitionssicherheit für die Unternehmen sollte dabei im Vordergrund stehen. Kommunalpolitische Energieaktivitäten und -konzepte sollten sich auf den Grundsatz der Freiwilligkeit und anreizpolitische Maßnahmen fokussieren, d. h. die Nutzung kommunaler Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Handlungsziel für den Masterplan Industrie sollte es sein, die energetischen Themenkomplexe derart zu individualisieren und zu differenzieren, dass sie die unterschiedlichen Unternehmensstrukturen mit Blick auf Größe (große bzw. kleine Unternehmen), Unternehmensart (Industrieunternehmen bzw. industrienaher Dienstleister) usw. berücksichtigen. Es ist nicht zielführend, den Unternehmen standortspezifische Einsparziele aufzuerlegen, die über das gesetzliche Maß hinausgehen, da derlei Maßnahmen nicht kompensierbare Standortnachteile darstellen und damit faktisch Arbeitsplätze gefährden.

Um die hohe Attraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes langfristig zu sichern, sollte die Standortpolitik vor allem ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit gewährleisten, besonders im

Stromsektor. Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund der in Frankfurt am Main besonders hohen Zahl an Großverbrauchern.

Die Bezahlbarkeit der Energieversorgung steht im Zentrum der Standortsicherung. Frankfurt am Main sollte sich mit größtmöglichem Nachdruck dafür einsetzen, einen weiteren Anstieg der Energiekosten zu vermeiden.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Fokussierung energiepolitischer Maßnahmen auf die Industrie

Die Energiepolitik und die Fragestellungen rund um eine zuverlässige Energieversorgung gehören zum wirtschaftlichen Kernbereich und sind wesentliche Eckpfeiler eines wettbewerbsfähigen Industriestandortes Frankfurt am Main.

Um energiepolitische Maßnahmen im Sinne der Frankfurter Industrie vorantreiben zu können, sollte die energetische Expertise der Wirtschaftsförderung Frankfurt gestärkt werden.

Projektvorschlag 2: Ausbau und Stärkung des Energieversorgungssektors Wärme

Angesichts der großen, quantitativen Bedeutung von Energie in Form von Wärme bzw. Kälte (rund 50 Prozent des Endenergieverbrauchs), wird empfohlen, diesen Energieversorgungssektor für alle Verbrauchersegmente gezielt auszubauen. Dabei sollten alle technischen Möglichkeiten wie zum Beispiel Nah- und Fernwärmenetze, Kraft-Wärme-Kopplung, Wärmespeicher, Power-to-Heat, Kompressionsanlagen, Absorptionsanlagen, Wärmerückgewinnung und Geothermie genutzt werden.

Mit dieser Maßnahme werden zugleich kommunale und regionale Wertschöpfungsketten in Industrie und Consulting initiiert und dafür gesorgt, dass die Energieversorgung nur noch minimal von der Versorgung mit fossilen Brennstoffen abhängig ist. Die erhebliche Reduktion der CO₂-Emissionen ist ein zusätzlicher wichtiger Effekt derartiger Zukunftsinvestitionen, die entscheidend zur Einhaltung der Klimaschutzziele beitragen.

Projektvorschlag 3: Kooperation bei Energieeffizienzförderprogrammen der Wirtschaft

In Ergänzung zu kommunalen, föderalen und nationalen Förderprogrammen sollten die kommunalen Handlungsspielräume in stärkerem Maße als bisher dafür genutzt werden, die ansässigen Unternehmen und Unternehmensverbände bei der Vermarktung, Ausgestaltung und Durchführung ihrer eigenen – sehr zielgerichtet zugeschnittenen – Energieeffizienzförderprogramme zu unterstützen.

Hier sollte die Stadt Frankfurt am Main insbesondere die Beratungsförderung für energieeffizienzsteigernde Investitionen ausweiten. Gleichzeitig sollten in diesem Zusammenhang weitere Maßnahmen geprüft werden, beispielsweise Zuschussinstrumente, wie sie aus wohnungswirtschaftlichen Programmen bekannt sind.

Darüber hinaus sollten sich die zuständigen kommunalen Stellen im Hinblick auf Programme und Angebote des Landes besser abstimmen, um Förderinitiativen und -maßnahmen effizienter zu gestalten und Überschneidungen zu vermeiden.

LOGISTIK

AUSGANGSSITUATION

Eine leistungsfähige, intelligente und moderne Logistikinfrastruktur (Kapazität, Effizienz, Low-Emission) und ein attraktives Netzwerk leistungsstarker Logistikdienstleister tragen wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Frankfurt am Main bei.

Frankfurt am Main verzeichnet seit Jahren ein steigendes Wachstum des Güter- und Individualverkehrs auf allen Transportwegen. Dieser Trend wird sich fortsetzen. Die Straßen-Gütertransportprognose für Hessen erwartet eine Zunahme von 28 Prozent bis zum Jahr 2025.

Das Verkehrswachstum wird unter anderem getrieben durch eine zunehmende Globalisierung der Produktionsprozesse, durch regionalen und internationalen Verkehr und durch eine Verringerung der ruhenden Lagerhaltung am Verkehrsknoten Frankfurt am Main.

Die vorhandene Logistikinfrastruktur in Frankfurt am Main bildet alle Transportmedien (Straße, Schiene, Wasser, Luft) ab und wird laut Industriestudie von den Unternehmen als sehr gut bewertet. Eine herausragende Funktion übernehmen innerhalb dieses Systems der Flughafen mit der Cargo City-Süd, der Osthafen und das DB-Containerterminal sowie sogenannte „Sonderanlagen“ wie zum Beispiel der „Trimodalport“ im Industriepark Höchst. Durch die Lage der Stadt am Main und dank des Frankfurter Osthafens und des Hafens in Hanau hat Frankfurt am Main große Potentiale im Hinblick auf den Warentransport per Schiff.

Die Infrastruktur am Logistikstandort Frankfurt am Main weist bereits heute eine hohe Auslastung auf. Im Zuge eines anhaltenden Trends zum Logistik-Outsourcing stehen die Logistikunternehmen unter einem hohen Wettbewerbs- und Kostendruck. Da die Flächenknappheit in Frankfurt am Main kaum Handlungsspielräume für eine Ausweitung der Verkehrswegeflächen lässt, tendieren Logistikbetriebe aufgrund der hohen Flächenkosten bei der Suche nach geeigneten Gewerbeflächen teilweise ins regionale Umland.

Die Logistik steht zudem vor der Herausforderung, die wachsende Zahl an Umweltschutzziele von Stadt, Land und Bund zu erfüllen wie die zum Beispiel in Bezug auf Luftreinhaltung und Klimaschutz. Für die Branche

macht das die Entwicklung innovativer Transportlösungen notwendig. Es gilt, den Aspekten einer nachhaltigen Stadtentwicklung und den Anforderungen der Bürger nach einer Steigerung der Lebensqualität in Frankfurt am Main gerecht zu werden.

Mit zahlreichen Maßnahmen stärken Stadt und Land den Logistikstandort Frankfurt am Main. Das House of Logistics and Mobility (HOLM) mit seinen Zukunftsprojekten stellt hierbei ein Leuchtturmprojekt dar. Darüber hinaus existiert in der Region bereits eine Vielzahl von Logistikprojekten, die im Rahmen des Masterplans Industrie berücksichtigt werden müssen.

ZIELE

Eine zukunftsorientierte Logistikinfrastruktur und die Fähigkeit, sie zu managen, stellen grundlegende Rahmenbedingungen für den Industriestandort dar und sollten weiter entwickelt werden.

Auf diesem Weg sollte angesichts des Ziels einer effizienten Ausnutzung der Logistikinfrastruktur und angesichts der aus der Flächenknappheit erwachsenen begrenzten Expansionsmöglichkeiten das Frankfurter Straßennetz mit intelligenten Lösungen ausgestattet werden. Dazu gehört zum Beispiel die Nutzung von Telematik- und Verkehrssteuerungssystemen. Doch darüber hinaus ist es ebenso notwendig, die vorhandene Straßeninfrastruktur (zum Beispiel Straßenbeläge oder Brücken) kontinuierlich zu sanieren. Nur so kann die vorhandene Infrastruktur langfristig verlässlich genutzt werden.

Um den Verkehr zu verringern, sollte die Zahl von Lkw-Leerfahrten reduziert, die vorhandenen Transportmedien effizient genutzt und der Schiffsverkehr auf dem Main besser in die Transportkette eingebunden werden. Zudem sollten die interregionalen ÖPNV-Anbindungen verbessert werden.

Im Gütertransport sollten alternative Antriebe (insbesondere auf der Straße) verstärkt etabliert werden, um einen emissionsfreien und umweltschonenden urbanen Warentransport zu gewährleisten, der vor allem auf der letzten Meile verbessert werden muss.

Die Leistungsfähigkeit des Industriestandorts Frankfurt am Main ist auf einen wettbewerbsfähigen industrienahe Logistik-Dienstleistungssektor angewiesen. Die Industrie und der Logistiksektor sollten daher besser vernetzt werden.

Das „Mobilitätsmanagement in der Stadtplanung“ sollte bereits bei Planungsvorhaben als Steuerungsinstrument der betrieblichen Mobilitätsströme eingesetzt werden, um Neubauvorhaben / -gebiete verkehrsseitig zu entlasten. Das betriebliche Mobilitätsmanagement bietet ansässigen Industriebetrieben hohe Potentiale, auf aktuell bestehende Defizite zu reagieren, Kosteneinsparungen in den Betrieben zu generieren und Umweltbelastungen zu vermeiden.

Die Potenziale und das Know how des House of Logistics and Mobility sind bei der Verfolgung der Ziele zu nutzen.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Initiierung synchronmodaler Pilotprojekte Binnenschifffahrt

Frankfurt am Main verfügt über exzellente Voraussetzungen, um Güterverkehre von und in die Stadt verstärkt per Schiff abzubilden. Frankfurter Industriebetriebe können das Schiff für den Transport ihrer Produkte sinnvoll nutzen, da diese in vielen Fällen über Seehäfen global verschifft bzw. zu den Betrieben in Frankfurt angeliefert werden.

Daher sollten Pilotprojekte initiiert werden, bei denen Transportvolumina zwischen Frankfurt am Main und den ARA-Häfen (Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam) identifiziert werden, die eine Verkehrsverlagerung auf das Schiff möglich machen. Über das Projekt sollten jene Güter, die vom Lkw auf das Binnenschiff verlagert werden können, deren Mengen und die relevanten Unternehmen detailliert dargestellt werden und eine Machbarkeitsanalyse erfolgen. So sollte aufgezeigt werden, inwieweit die Maßnahme wirtschaftlich ist und sich die Umweltbelastungen, der Energieverbrauch und damit auch Kosten reduzieren lassen.

Projektvorschlag 2: Nutzung von alternativen Antrieben im innerstädtischen Gütertransport

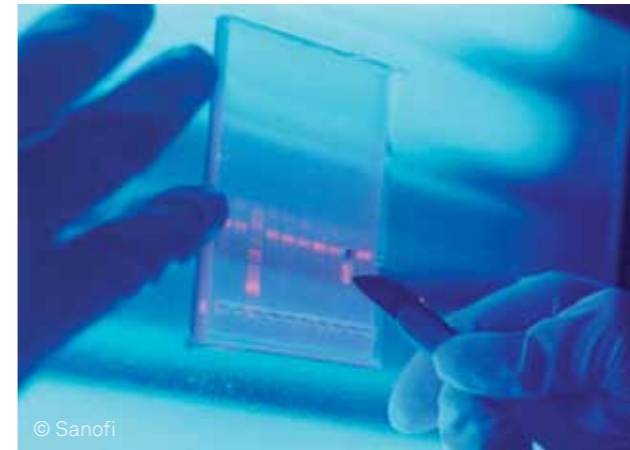
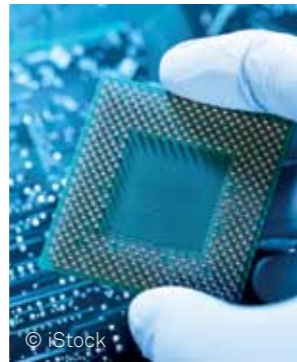
Durch die Gründung unterschiedlicher Projektkonsortien aus öffentlicher Verwaltung, Logistikdienstleistern und Industrieunternehmen sollte in Pilotvorhaben die Anwendung innerstädtischer emissionsfreier Logistikverkehre getestet und die Frankfurter Transportwirtschaft bei der Einführung alternativer Antriebe unterstützt werden.

Hierzu ist es erforderlich, entsprechende Fahrzeuge mit alternativen Antrieben einzusetzen und die notwendige Infrastruktur einzurichten, um diese dann auch ausreichend betanken zu können. Dabei kommen alle bisher am Markt verfügbaren (pilotierten) alternativen Antriebsformen in Betracht, wie der batterieelektrische Antrieb, die Brennstoffzellentechnologie oder LNG (Liquid Natural Gas).

Zur Finanzierung der Pilotprojekte sollten Bundes- oder EU-Mittel hinzugezogen werden.

Projektvorschlag 3: Lkw-Lotse Rhein-Main als Mobiltelefon-App

Der Lkw-Lotse ist ein kostenlos nutzbarer internetbasierter Routenplaner für Lkw im Rhein-Main-Gebiet. Das Routenplanungstool wurde vom IVM (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) entwickelt. Neben relevanten Lkw-Beschränkungen berücksichtigt der Lkw-Lotse auch ein Lkw-Empfehlungsnetz zum behinderungsfreien Fahren und zur verträglichen Verkehrsabwicklung. Eine intensivere Nutzung des Lkw-Lotsen ermöglicht es dem Güterverkehr, den Frankfurter Straßenraum effizienter zu nutzen. Damit zukünftig noch mehr Lkw-Fahrer das System nutzen, sollte eine Smartphone-App entwickelt werden. Zudem sollten Möglichkeiten überprüft werden, wie an neuralgischen Verkehrsknoten oder Einfallstraßen auf das System hingewiesen werden kann.



ATTRAKTIVITÄT DER INDUSTRIE: KOMMUNIKATION UND POSITIONIERUNG

AUSGANGSSITUATION

Mit dem angestoßenen Masterplan-Prozess hat sich die Wahrnehmung der Industrie in Politik und Administration sowie in der Gesellschaft bereits verbessert. Dennoch erfährt die Industrie in Frankfurt am Main nicht die positive Aufmerksamkeit und Wertschätzung, die ihrer vielfältigen und weitreichenden Bedeutung entspricht. Viele Industrieunternehmen in Frankfurt am Main beklagen eine fehlende Akzeptanz seitens der Stadtgesellschaft und sogar ein Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der Industrie, vermissen einen formal abgesicherten hohen Stellenwert der Industrie auf der politischen Agenda und in der Stadtplanung sowie einen festen Platz der Industrie in der medialen Öffentlichkeit und im Selbstbild der Stadt Frankfurt.

Auch aus überregionaler und internationaler Sicht wird die Frankfurter Industrie nur gering wahrgenommen. Frankfurt am Main besitzt zwar als Wirtschaftsstandort eine ausgeprägte Reputation, nicht aber als ein attraktiver Industriestandort. Eine Reputation ist für die zukünftige Entwicklung des Industriestandorts allerdings dringend erforderlich, um die bestehenden Industriebetriebe in Frankfurt am Main zu stärken und die Attraktivität für Investitionen und qualifizierte Arbeitskräfte zu steigern.

Der Industriestandort Frankfurt am Main ist leistungsstark und nimmt bei der Produktivität einen Spitzenplatz in Deutschland ein. Die Frankfurter Industrie befindet sich inmitten einer dynamischen Entwicklung, die von der Digitalisierung getrieben wird. In der damit verbundenen internetbasierten Vernetzung und automatisierten Steuerung von Wertschöpfungsprozessen liegt eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main, die es zu ergreifen gilt.

Als Markenkern der modernen Industrie in Frankfurt am Main sind zudem folgende Eigenschaften besonders hervorzuheben: Die Industrie ist ein Top-Arbeitgeber, Wohlstandsbringer und Zukunftsgarant. Sie produziert in Frankfurt am Main auf engstem Raum und treibt Innovationen voran. Zudem verfügt die Industrie in der Stadt und der ganzen Metropolregion über eine erstklassige Infrastruktur und zeichnet sich durch eine enge Vernetzung mit dem Dienstleistungssektor aus.

In Frankfurt am Main und der Metropolregion gibt es bereits eine Vielzahl von Kommunikationsmaßnahmen für oder von der Industrie, doch können diese noch stärker koordiniert werden und auf diese Weise eine höhere Wirksamkeit erzielen.

ZIELE

Die Attraktivität des Industriestandorts für Investitionen und für qualifizierte Beschäftigte sollte gesteigert werden. Hierzu ist eine klare Strategie für die Entwicklung der Standortkompetenzen, die Positionierung und die Imageerweiterung von Frankfurt am Main als Industriestandort erforderlich.

Imagearbeit sollte dabei als eine Daueraufgabe verstanden werden, an bestehende Kommunikationsmaßnahmen anknüpfen und nach innen und außen erfolgen.

Dabei sind folgende Ziele zu verfolgen:

- Verbesserung der Koordination und Abstimmung bestehender Kommunikationsmaßnahmen sowie Erhöhung von deren Wirksamkeit
- Dialogorientierung zur Verankerung des Masterplan-Prozesses in Frankfurt am Main
- Stärkung eines positiven Images der Industrie in der Stadt Frankfurt am Main
- Langfristige Etablierung der Stadt als hervorragender Industriestandort für Investitionen und attraktive Arbeitsplätze
- Aufbau von Bewusstsein, Vertrauen und Wertschätzung gegenüber der Industrie

Die Kommunikationsmaßnahmen beeinflussen nahezu alle Themenbereiche des Masterplans Industrie für Frankfurt am Main.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Aufbau eines Kompetenzzentrums Industrie bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt

Das Kompetenzzentrum trägt zur weiteren Institutionalisierung des Netzwerks Industrie in Frankfurt am Main bei und wird als ein sichtbares Zeichen der Wertschätzung der Stadt gegenüber der Industrie verstanden.

Die Wirtschaftsförderung soll ein Konzept für das Kompetenzzentrum ausarbeiten, dessen Aufgabe auch darin besteht, die Maßnahmen zur Kommunikation und

Positionierung des Industriestandorts Frankfurt am Main umzusetzen. Die bisherigen vorwiegend nach innen gerichteten Kommunikationsmaßnahmen werden fortgeführt und wenn möglich sinnvoll ausgebaut und gebündelt. Die Kommunikation nach außen trägt zu einer Standortwerbung und überregionalen Aufmerksamkeit bei, die auch die Umsetzung von industriepolitischen Maßnahmen auf verschiedenen Handlungsfeldern voranbringt.

Das bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt zu etablierende Kompetenzzentrum Industrie soll Koordinationsstelle und einheitlicher Ansprechpartner für die Industrie und industriepolitische Aktivitäten in der Stadt sein. Im Hinblick auf die Stärkung des Industriestandorts sollen die Aufgaben des Kompetenzzentrums Industrie in der Umsetzung strukturpolitischer Projekte, in der Bestandspflege und in der Ansiedlungsunterstützung im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt am Main liegen. Als Schnittstelle zwischen Stadt, Wirtschaft und Verbänden soll das Kompetenzzentrum gemeinsam mit weiteren Netzwerkpartnern auch neue Maßnahmen auf den verschiedenen Handlungsfeldern entwickeln und deren Realisierung verfolgen.

Projektvorschlag 2: Kommunikationsplattform als Dach aller industrieplatzbezogenen Maßnahmen

Die bestehenden und neu entwickelten Kommunikationsmaßnahmen zum Industrieplatz Frankfurt am Main sollten auf einer Kommunikationsplattform zusammengefasst werden.

Diese wird als abgestimmte Vorgehensweise der beteiligten Akteure und auch als ein abgestimmtes Erscheinungsbild (Dachmarke) verstanden. Das Kompetenzzentrum Industrie sollte die Koordination übernehmen.

Die Dachmarke sollte alle Maßnahmen im Rahmen des Masterplan-Prozesses sowie alle Kommunikationsmaßnahmen der beteiligten Netzwerkpartner mit auswechselbarem Partnerlogo bündeln. Die Kommunikationsplattform sollte durch ein Internetportal unterstützt werden

Projektvorschlag 3: Entwicklung zielgruppenspezifischer Maßnahmen

Die Kommunikationsplattform richtet sich an die Zielgruppen Wirtschaft, Bürger, öffentliche Hand, Nachwuchs und Presse, mit denen allerdings jeweils spezifische Maßnahmen zum Dialog entwickelt werden sollten. Diese Entwicklung erfolgt in Abhängigkeit vom personellen und finanziellen Budget und wird entsprechend zeitlich angepasst.

ARBEIT UND QUALIFIZIERUNG

AUSGANGSSITUATION

Die Reichweite des industriellen Arbeitsmarktes in Frankfurt am Main erstreckt sich bis in die Region und darüber hinaus, weil Industriebetriebe ihre Auszubildenden und Mitarbeiter bevorzugt außerhalb von Frankfurt am Main rekrutieren.

Trotz positiver demographischer Voraussetzungen in Frankfurt am Main ist davon auszugehen, dass die Fachkräftesicherung für die Industrie zukünftig eine große Herausforderung sein wird. Für die nahe Zukunft ist zu erwarten, dass Industriefacharbeiter in Frankfurt am Main in deutlich geringerem Umfang verfügbar sein werden, und sich diese Situation bis zum Jahr 2030 zuspitzen wird.

Bereits heute besteht in Frankfurt am Main ein Missverhältnis zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage. Einerseits liegt die Arbeitslosenquote in der Industrie höher als in der gesamten Frankfurter Wirtschaft. Hinzu kommt, dass sich immer mehr Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf befinden, also dem Arbeitsmarkt nicht als Auszubildende zur Verfügung stehen. Andererseits beklagen vor allem kleine und mittlere Unternehmen Engpässe bei Fachkräften und Auszubildenden.

Darüber hinaus ist zu erwarten, dass im Zuge zunehmend innovativer Produktionsprozesse und der Technisierung (Industrie 4.0) in den kommenden Jahren der Bedarf der Frankfurter Industriebetriebe an qualifizierten Fachkräften mit Berufsausbildung ansteigen wird. Die duale Ausbildung hat demnach trotz steigender Akademisierungsquote nach wie vor eine große Bedeutung für die Industrie.

Auf kommunaler Ebene sowie wie auf Landesebene existieren eine Vielzahl von Projekten zur Qualifizierung und Beschäftigungsförderung. Es handelt sich dabei um ein vielfältiges und kaum überschaubares Angebot an (Weiter-)Bildungsangeboten.

ZIELE

Die Fachkräftesicherung ist für die Frankfurter Industrie ein Leitbild von herausragender Bedeutung. Dabei sollten die Verbesserung der Zukunftschancen der Bevölkerung sowie die Verfügbarkeit von Fachkräften für die

Industriebetriebe zur Sicherung ihrer Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit noch stärker in den Fokus einer nachhaltigen Industriepolitik gerückt werden.

Um die Fachkräftesicherung langfristig zu sichern, sollte die Attraktivität der industriellen Ausbildung insgesamt verbessert und damit die duale Ausbildung in der Industrie gestärkt werden. Dies kann dadurch erreicht werden, dass die Vielfalt der Industrieberufe und der individuellen Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt und Maßnahmen ergriffen werden, die insgesamt die positive Wahrnehmung der Industrie in Frankfurt am Main erhöhen. Damit junge Arbeitskräfte zukünftig den Übergang zwischen Schule, Berufsausbildung und Beruf schaffen, sollte eine frühzeitige und systematische Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen etabliert werden. Die Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum für Mitarbeiter und Auszubildende ist Voraussetzung für einen attraktiven Arbeitsstandort und sollte als festes Ziel in der Frankfurter Industriepolitik verankert werden.

Insgesamt sollten die Berufsberatung und die Beschäftigungsförderung in Frankfurt am Main optimiert und transparenter gestaltet werden. Außerhalb von Schulen sollten die Berufs- und Weiterbildungsberater einerseits über das vielfältige Angebot an Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Zuständigkeiten der verschiedenen Träger in Frankfurt am Main informiert sein. Zudem ist für eine nachhaltige Beschäftigungsförderung und Ausbildungsberatung eine umfassende Übersicht über die Nachfrage nach Arbeitskräften unerlässlich. Die örtlichen Weiterbildungsstrukturen sollten gestärkt und dazu neue Kooperationen unter aktiver Beteiligung der relevanten Akteure und ihrer Expertise eingegangen werden.

Ein wichtiges Ziel der Frankfurter Industriepolitik sollte zukünftig sein, in Frankfurt am Main die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale besser auszuschöpfen. Dabei stehen vor allem die vier Strategiebereiche Qualifizierung und Nachqualifizierung, Aktivierung, Anwerbung sowie Beschäftigungsausweitung im Vordergrund. Die folgenden Zielgruppen sollten stärker in Beschäftigung integriert werden: Personen ohne Schulabschluss oder Ausbildung, Studierende ohne Aussicht auf Abschluss, Frauen, ältere Arbeitnehmer und Menschen mit Migrationshintergrund.

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Imagekampagne „pro Industrie“ zur Stärkung der dualen Ausbildung

Eine zielgruppenspezifische Imagekampagne sollte dazu beitragen, die Industrie als attraktiven Arbeitgeber darzustellen und zu positionieren. Sie sollte die Berufs- und die Karrieremöglichkeiten in der Industrie aufzeigen und zu einer Ausbildung in der Industrie motivieren.

Primäre Zielgruppe der Imagekampagne sind als potenzielle Auszubildende Schüler und Jugendliche, Studienabbrecher sowie Mädchen und Frauen. Eltern und Lehrer, die bei der Berufswahl häufig Entscheidungstreiber sind, sollten ebenfalls über die Ausbildungs- und Berufsinhalte sowie über die Zukunftschancen informiert werden. Zur Ansprache von Personen mit Migrationshintergrund sollte sich die Kampagne auch in anderen Sprachen an die Zielpersonen wenden. Die Zielgruppe der Unternehmen sollte motiviert werden, verstärkt junge Menschen auszubilden.

Projektvorschlag 2: Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in der Industrie

Zur Gewinnung von Arbeitskräften für die Frankfurter Industrie ist ein ausreichendes Angebot an Wohnraum eine grundlegende Voraussetzung. Um die duale Ausbildung und somit den Fachkräftenachwuchs in der Industrie zu stärken, sollte bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende geschaffen werden.

Als Pilotprojekt sollten die Errichtung eines Azubi-Wohnheims oder die Unterstützung Auszubildender bei der Wohnungssuche auf dem freien Markt realisiert werden (z. B. Kooperationsmodell mit der ABG).

Projektvorschlag 3: Vernetzung der Arbeitsmarktakteure und Vertiefung bestehender Lösungsansätze im Bereich der Beschäftigungsförderung

Durch eine stärkere Vernetzung der beteiligten Akteure sollte der Zugang zum komplexen System der Bildungsangebote verbessert werden.

Ziel ist eine vollständige und klare Übersicht über die vorhandenen Angebote, Träger und Ansprechpartner. Zugleich sollte den Vertretern verschiedener Institutionen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes ein informeller Austausch über die jeweiligen Auf-

gabenschwerpunkte und neue Kooperationen ermöglicht werden.

Als Plattform für diesen Austausch sollte das bestehende „Netzwerk Jugend und Arbeit Frankfurt“ mit neuer Akzentuierung auf Weiterbildung und Qualifizierung dienen.

Langfristig sollten die kommunalen Aus- und Weiterbildungsstrukturen optimiert, die Maßnahmen geschärft und mit neuem Leben gefüllt werden. Voraussetzung dafür ist eine Evaluation der bestehenden Maßnahmen auf Doppelungen, Effizienz und Zielerreichung.

VERWALTUNGSPROZESSE UND BEHÖRDENSERVICE

AUSGANGSSITUATION

Die Industriestudie hat bereits deutlich gemacht, dass der Informationsbedarf hinsichtlich rechtlicher Regelungen, Verfahrensweisen und Dauer von Genehmigungsprozessen bei vielen Industriebetrieben hoch ist.

Ein großes Hemmnis für Unternehmen ist die mangelnde Kenntnis der Verwaltungsabläufe. Gelingt es, diesen Informationsrückstand aufzuholen oder einheitliche Ansprechpartner zu benennen, so kann der unnötige Abstimmungsaufwand zwischen beteiligten Ämtern im Interesse der Unternehmensproduktivität ggf. vermieden werden bzw. könnten einzureichende Unterlagen anforderungsgerechter eingereicht werden.

Auch wenn wesentliche gesetzliche Regelungen und administrative Vorgaben auf überkommunaler Ebene gesetzt werden, bestehen dennoch zahlreiche Bereiche, in denen sich eine Kommune durch eine moderne Verwaltung und durch moderne Regelwerke auszeichnen kann. Schlanke Verwaltungsprozesse und ein unternehmensfreundlicher Behördenservice sind wichtige Rahmenbedingungen für einen attraktiven und innovativen Industriestandort und verbessern die Planungs- und Investitionssicherheit der Unternehmen. Sie sind Ausdruck der Wertschätzung gegenüber der Industrie und tragen zu einem positiven Image des Industriestandorts Frankfurt am Main und der Standortzufriedenheit der Unternehmen bei.

Ein besonderer Handlungsbedarf wird in den folgenden Bereichen gesehen:

- Information und Transparenz zu Zuständigkeiten, Verwaltungsabläufen und behördlichen Genehmigungen
- Effizienz von Verwaltungsprozessen und im Behördenservice
- Abstimmung zwischen den Ämtern
- Interesse und Wertschätzung städtischer Ämter gegenüber Unternehmen
- Partizipation von Unternehmen an Prozessen der Stadtentwicklung

In vielen städtischen Ämtern haben sich Verwaltungsprozesse und der Service gegenüber den Unternehmen bereits stark verbessert, wie zum Beispiel die Maßnahmen zur Verkürzung der Genehmigungszeiten der

Bauaufsicht zeigen. Dennoch besteht weiteres Verbesserungspotenzial über alle städtischen Ämter hinweg.

Die Stadtverwaltung überarbeitet im Rahmen ihrer E-Government-Strategie zurzeit verschiedene Verwaltungsprozesse, hat insgesamt einen Reformprozess in verschiedenen Bereichen angestoßen und sollte künftig stärker Prozesse fokussieren, die für die Verbesserung der Standortbedingungen von Industrieunternehmen maßgeblich sind.

ZIELE

Die Verwaltungsprozesse und der Behördenservice der Stadt Frankfurt am Main sollten auf einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess ausgerichtet werden, um die Rahmenbedingungen für die Industrie im Rahmen der kommunalen Handlungsfähigkeit wettbewerbsfähig zu gestalten.

Die Stadt Frankfurt am Main besitzt auf diesem Handlungsfeld zahlreiche Möglichkeiten, sich positiv von anderen Kommunen zu unterscheiden und sich einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil zu erarbeiten. Hierzu müssen bestehende Prozesse allerdings überprüft und verbessert werden. Das gilt insbesondere für ämterübergreifende Abstimmungsprozesse und die Erarbeitung neuer administrativer Lösungen für neue Standortherausforderungen von Unternehmen, zum Beispiel im Zuge des Ausbaus der digitalen Infrastruktur oder bei dem Ziel, Nachbarschaftskonflikte in Stadtteilen zu vermeiden.

Die Verbesserung oder Einführung neuer Verwaltungsprozesse und Behördenservices sollte durch eine vorausschauende und proaktive Herangehensweise gegenüber den zukünftigen Standortproblemen der Industrieunternehmen angestrebt werden.

Bei folgenden typischen priorisierten Abläufen sollten Verbesserungen angestrebt werden:

Langfristige Planungen der Stadt Frankfurt am Main im öffentlichen Raum:

- übergreifende Verkehrs- und Mobilitätsplanung
- B-Plan-Verfahren
- Digitale Erschließung (Netzausbau)

Mittelfristige Planungen und Realisierung von Infrastruktur-Projekten / -Maßnahmen im öffentlichen Raum:

- Straßenbaumaßnahmen
- weitere Baumaßnahmen (zum Beispiel Kanalbau, Verlegung von Datenkabeln etc.)

Genehmigungsverfahren mit individuellem Unternehmensbezug, zum Beispiel:

- Baugenehmigungen
- Brandschutzrechtliche Genehmigungen
- Genehmigungen zur Sondernutzung des öffentlichen Raumes
- Straßenrechtliche Genehmigungen

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Einrichtung „Ständiger Expertenrunden“

Um die Verwaltungsprozesse und den Behördenservice stetig zu verbessern, sollten regelmäßige Expertenrunden eingerichtet werden, die je nach Themenauswahl die Standortherausforderungen der Unternehmen und das Know-how der Verwaltung zusammenbringen, um so gemeinsam vernetzte Lösungen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk sollte auf die ämterübergreifende Zusammenarbeit gelegt werden, zum Beispiel durch die Bündelung aller Genehmigungsverfahren. Die Einrichtung „Ständige Expertenrunden“ sollte dazu beitragen, den Dialog zwischen der Industrie und der Stadt Frankfurt am Main zu intensivieren und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für den Industriestandort zu schaffen. Im Rahmen der E-Government-Strategie der Stadt Frankfurt am Main sind unternehmensbezogene Verwaltungsprozesse entsprechend zu fokussieren.

Projektvorschlag 2: Moderation von Umfeldkonflikten

Bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Lösung von Umfeldkonflikten von Industrieunternehmen ist zu prüfen, welche Handlungsmöglichkeiten die städtische Verwaltung in diesem Bereich hat. Die typischen Umfeldkonflikte sollten identifiziert und ämterübergreifend lösungsorientiert angegangen werden, um eine Standardisierung von Lösungsprozessen im Rahmen des kommunalen Regelwerks zu erreichen. Die Entwicklung einer ämterübergreifenden elektronischen Kommunikationsplattform zur Information und Beteiligung von Unternehmen an langfristigen Planungen der Stadt sollte dazu beitragen, das Entstehen von Umfeldkonflikten zu vermeiden.

Projektvorschlag 3:

Intensivierung der öffentlichen Kommunikation

Im Zuge der Realisierung von Infrastrukturprojekten bzw. -maßnahmen im öffentlichen Raum sollte die öffentliche Kommunikation intensiviert werden, zum Beispiel mithilfe der bereits bestehenden Plattform „Frankfurt fragt mich“, die aktuell nur Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung steht und für Unternehmen erweitert werden könnte. Dabei könnte es oberstes Ziel sein, einen einheitlichen Kommunikationsprozess und eine proaktive, effektive Information der betroffenen Unternehmen über Dauer, Umfang und Ziel der Maßnahmen zu institutionalisieren sowie die Ansprechpartner im Zuge der Realisierung zu fixieren.

INNOVATION, ARBEITSPLÄTZE UND WERTSCHÖPFUNG DER ZUKUNFT

AUSGANGSSITUATION

Die Innovationskraft von Unternehmen und mit ihr die Fähigkeit zur Erneuerungen, die ökonomisch und / oder gesellschaftlich Nutzen stiften und Marktfähigkeit erreicht haben, wird zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor. Solche Innovationen entstehen meist in komplexen Netzwerken und prägen das Standortimage.

Auch soziale Innovationen gewinnen in der Wissensgesellschaft an Bedeutung, zum Beispiel neue Organisationsformen, neue Kommunikationskulturen, neue Regulierungen oder neue Lebensstile, die Probleme besser lösen als frühere Praktiken.

Zentraler Treiber von Innovation ist derzeit die Digitalisierung. Das Internet ermöglicht eine allgegenwärtige Verfügbarkeit von Daten und Informationen und verändert damit alle Arbeits- und Lebensbereiche.

Die daraus folgende Vernetzung hat tiefgreifende Folgen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik:

- Soziale Netzwerke werden weiter zu einer gänzlich veränderten Kommunikation und zu neuen Formen des Zusammenlebens führen.
- Eine internetbasierte Industrie 4.0 wird zu völlig neuen Wertschöpfungsprozessen führen: Innerhalb von Produktionsunternehmen werden Entwicklungs-, Produktions- und Logistikprozesse zwischen Menschen, Maschinen und Systemen der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) global über die jeweilige Betriebsstätte hinaus vernetzt ablaufen. Diese mit dem Begriff Industrie 4.0 beschriebene „Neue Industrie“ zieht eine weitere Digitalisierung, Automatisierung und Flexibilisierung der gesamten Wertschöpfungskette nach sich. Das erleichtert eine kundenorientierte Individualisierung von Produkten und Dienstleistungen sowie bessere Lösungen für komplexe Probleme.
- Unternehmen setzen bei Innovation zunehmend auf die Integration und die Nutzung externer Informationen und Kompetenzen. Deshalb erfolgen Innovationen heute zumeist in komplexen Netzwerken von Kunden, Forschungseinrichtungen, Industrieunternehmen, Gründern, Design- und Kommunikationsabteilungen, Finanzinstituten / Venture Capital-Unternehmen, deutschen oder europäischen Förderprogrammen und anderen (Stich-

- worte: „Cross Innovation“ oder „Open Innovation“).
- Damit einher geht ein Paradigmenwechsel, der die Integration von Kunden bzw. Kundenwünschen zu einer elementaren Voraussetzung für erfolgreiches Innovieren werden lässt.

Die Folge sind unter anderem ein wachsender Bedarf an IKT-Lösungen und –Dienstleistungen wachsende Leistungsanforderungen an die IKT-Infrastruktur, zunehmende Qualifikationsanforderungen, wachsende Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur, aber auch die Möglichkeit einer stärkeren räumlichen Nutzungsmischung (Urban Production).

Frankfurt am Main hat wegen seiner vielfältigen, innovativen und vernetzten Branchenstruktur die Chance, eine Vorreiterrolle als Standort für die „Neue Industrie“ einzunehmen und seine Position als internationaler Industriestandort weiter auszubauen. Damit könnte Frankfurt am Main neben seiner Positionierung als internationaler Finanzplatz und als Verkehrsdrehscheibe eine weitere neue Stärke gewinnen.

ZIELE

Die Entwicklung einer „Neuen Industrie“ in Frankfurt am Main sollte durch geeignete Maßnahmen unterstützt und gefördert werden. Folgende Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden, um als innovativer Industriestandort weiterhin attraktiv zu sein und um eine Vorreiterrolle als Standort für die „Neue Industrie“ einzunehmen:

- eine klare Strategie für die Entwicklung des Industriestandorts und die Imageerweiterung des Standortes als Industriestandort;
- der Ausbau der digitalen Infrastruktur für den steigenden Bedarf von Industrie und industrienahen Branchen;
- die Unterstützung von branchenübergreifenden Wertschöpfungsnetzen in der Produktentwicklung und im Produktionsprozess;
- der Aufbau und die Unterstützung von Innovationsplattformen

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Projektvorschlag 1: Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main nach innen und nach außen

Angesichts der vielfältigen Bedeutung der Industrie für das Wirtschaftsgeschehen von Stadt und Region sind indust-

riespezifische Imagemaßnahmen zu verstärken. Die bestehenden nach innen gerichteten Einzelaktivitäten sollten unbedingt fortgeführt, intensiviert und vernetzt werden.

Bei einer Kommunikation nach außen sollten innovative und nachhaltige Projekte, zum Beispiel der Masterplan-Prozess, und positive Erfolgsgeschichten der Industrie im Frankfurter Raum offen kommuniziert werden. Die Schaffung einer Reputation für den Industriestandort Frankfurt am Main zielt auf Markterfolg, Standortsicherung und Attraktivität als Arbeitgeber.

Projektvorschlag 2: Projekt f>>forward („Frankfurt Forward“)

f>>forward ist eine Innovationsplattform für die bilaterale Vernetzung innovativer Start-ups und etablierter Industrieunternehmen in Frankfurt am Main. f>>forward unterstützt die projektgetriebene Vernetzung von Unternehmen im Raum und kann durch den kommerziellen Fokus Kristallisationspunkte für die „Neue Industrie“ schaffen.

Wegen der positiven Resonanz im Beirat Industrie ist das Projekt unter Leitung des Frankfurter Innovationszentrums (FIZ) bereits gestartet. Nach eingehender Analyse der Frankfurter Gründerlandschaft wurden 20 innovative junge Unternehmen ausgewählt. Einige von ihnen werden gegenwärtig mit Industrieunternehmen in Einzelgesprächen zusammengeführt. Durch die Teilnahme und Begleitung der größten Start-up-Events in Frankfurt und der Region gehen täglich weitere Bewerbungen von Start-ups ein, gezielte Social-Media-Maßnahmen unterstützen die Vermarktung.

Erfolgreiche Matchings zahlen in die Imagearbeit für den Industriestandort ein.

Projektvorschlag 3: Digitales Gewerbegebiet

Unabhängig davon, den digitalen Versorgungsstatus von Gewerbe- und Industriegebieten zu prüfen, sollte ein bestehendes Gewerbegebiet in Frankfurt am Main als Pilot mit einer Infrastruktur ausgestattet werden, die eine Übertragungsgeschwindigkeit von bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (Gbits / s) gewährleistet. Das Pilotgebiet sollte auch über Flächen für Neuansiedlungen verfügen und entsprechend vermarktet werden.

Zur Finanzierung wird ein Kooperationsprojekt zwischen Unternehmen und öffentlicher Hand angestrebt. Im Fall eines Pilotgebietes sollte die öffentliche Hand in Vorleistung treten und geeignete Modelle der Refinanzierung entwickeln.

Überblick Projektvorschläge

Industriepolitisches Handlungsfeld	Handlungsempfehlungen Projektvorschläge
Räumlich-funktionales Entwicklungskonzept	Flächensicherungskonzept
	Zielkonforme Nutzung von Gewerbegebieten
	Vermeidung von Nutzungskonflikten
	Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen
	Qualifizierung und Profilierung von Gewerbegebieten
	Einrichtung einer Entwicklungsgesellschaft im Rahmen der städtischen Liegenschaftspolitik
	Perspektiven für das Stadtteilgewerbe
	Fortlaufende Überprüfung des Konzepts (Monitoring)
Digitale Infrastruktur	Unterstützung der Ziele des RfEK in weiteren Handlungsfeldern
	Reformierung des Planungsprozesses
	Vorausschauende Ausstattung mit digitaler Infrastruktur
Energie	Vorausschauende Ausstattung mit Energieinfrastruktur
	Fokussierung energiepolitischer Maßnahmen auf die Industrie
	Ausbau und Stärkung des Energieversorgungssektors Wärme
Logistik	Kooperation bei Energieeffizienzförderprogrammen der Wirtschaft
	Initiierung synchromodaler Pilotprojekte Binnenschifffahrt
	Nutzung von alternativen Antrieben im innerstädtischen Gütertransport
Attraktivität der Industrie: Kommunikation und Positionierung	Lkw-Lotse Rhein-Main als Mobiltelefon-App
	Aufbau eines Kompetenzzentrums Industrie bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt
	Kommunikationsplattform als Dach aller industrieplatzbezogenen Maßnahmen
Arbeit und Qualifizierung	Entwicklung zielgruppenspezifischer Maßnahmen
	Imagekampagne „pro Industrie“ zur Stärkung der dualen Ausbildung
	Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende in der Industrie
Verwaltungsprozesse und Behördenservice	Vernetzung der Arbeitsmarktakteure und Vertiefung bestehender Lösungsansätze im Bereich der Beschäftigungsförderung
	Einrichtung „Ständiger Expertenrunden“
	Moderation von Umfeldkonflikten
Innovation, Arbeitsplätze und Wertschöpfung der Zukunft	Intensivierung der öffentlichen Kommunikation
	Marketing für den Industriestandort Frankfurt am Main nach innen und nach außen
	Projekt f>>forward („Frankfurt Forward“)
	Digitales Gewerbegebiet

V. AUSBLICK

Der Masterplan Industrie bildet mit seiner Grundsatz-erklärung, seinen Leitbildern, seinen Zielen und seinen Maßnahmen eine Grundlage für eine strategische Neuausrichtung der Industriepolitik. Die Erstellung des Masterplans Industrie von 2012 bis 2015 hat in Frankfurt am Main bereits auf verschiedenen industriepolitischen Handlungsfeldern einen wirkungsvollen Prozess unter Beteiligung zahlreicher Akteure in Gang gesetzt. Auf allen Handlungsfeldern wurden bereits neue erfolgversprechende Maßnahmen angestoßen. Weitere Maßnahmen wurden formuliert und sollen in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

Der dynamische Wandel der Industrie in Frankfurt am Main und die Förderung einer „Neuen Industrie“ sowie der industriellen Start-up-Szene zur Sicherung der Erneuerungsfähigkeit der Frankfurter Industrie wird auch zukünftig die Entwicklung neuer industriepolitischer Maßnahmen erfordern, um den Wirtschaftsstandort zu stärken. Der sich abzeichnende Paradigmenwechsel von technologiegetriebener zu marktgetriebener Innovation sollte dabei im Blick behalten werden. Die im Masterplan Industrie festgelegten Leitvorstellungen und Ziele geben dafür die Richtung vor.

Die Industrie besitzt eine vielfältige und weitreichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung, der die Industriepolitik in Frankfurt am Main vorausschauend gerecht werden sollte. Die Stadt Frankfurt am Main sollte den Masterplan Industrie als Prozess ausgehend von der vorliegenden Erklärung fortführen. Das bei der Wirtschaftsförderung Frankfurt zu etablierende Kompetenzzentrum Industrie sollte diesen Prozess koordinieren. Als Schnittstelle zwischen Stadt, Wirtschaft und Verbänden entwickelt das Kompetenzzentrum gemeinsam mit Netzwerkpartnern industriepolitische Maßnahmen auf den verschiedenen Handlungsfeldern und verfolgt deren Umsetzung. Im Hinblick auf die Stärkung des Industriestandorts liegen die Aufgaben des Kompetenzzentrums Industrie in der Umsetzung strukturpolitischer Projekte, in der Bestandspflege und in der Ansiedlungsunterstützung im Rahmen der Wirtschaftsförderung der Stadt Frankfurt am Main.

Der Beirat Industrie der Stadt Frankfurt am Main sollte seine Aufgaben im Rahmen der Synchronisierung von Interessen und der Unterstützung gegenüber Wirtschaft, Öffentlichkeit und Politik fortführen und nachhalten. Der Masterplan-Prozess, die Weiterentwicklung von industriepolitischen Zielen und die Fortschritte in der Umsetzung von Maßnahmen sollten auch zukünftig

im Beirat Industrie erörtert und verfolgt werden, um die Koordinierung zu unterstützen. Das Kompetenzzentrum Industrie der Wirtschaftsförderung sollte zum Monitoring übergeordnete und auf die Ebene der Arbeitsgruppen bezogene Indikatoren erstellen und überprüfen.

Der Beirat Industrie und das Kompetenzzentrum Industrie tragen zu einer weiteren Institutionalisierung des Netzwerks Industrie in Frankfurt am Main bei. Die Umsetzung der im Masterplan Industrie aufgezeigten industriepolitischen Maßnahmen erfordert eine entschlossene Unterstützung durch den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main und die am Prozess beteiligten Institutionen. Maßnahmen an den Schnittstellen der industriepolitischen Handlungsfelder sollten gezielt angegangen und soweit wie möglich durch Projektgruppen weiter verfolgt werden. Übergreifende Querschnittsthemen sind zum Beispiel die Themen Fachkräftesicherung, Innovation, Industrie 4.0, Infrastrukturausbau, Digitales Gewerbegebiet, Imageaufbau und Nachhaltigkeit.

Die Weiterentwicklung der industriepolitischen Maßnahmen erfordert auf allen Handlungsfeldern auch eine regionale Kooperation, wie sie seit dem „Industriepolitischen Leitbild“ von 1994 in Projekten erfolgreich verfolgt wurde. Die funktionale Sichtweise auf industrielle Wertschöpfungsketten, Logistikinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Energieversorgung, Arbeitsmarktverflechtungen, Innovationsnetzwerke und weitere Netzwerke in Stadt und Region macht deutlich, dass zielführende industriepolitische Maßnahmen auch auf interkommunaler, regionaler und föderaler Ebene zu entwickeln und umzusetzen sind. In mehreren Arbeitsgruppen zur Weiterentwicklung der industriepolitischen Handlungsfelder des Masterplans Industrie haben bereits Experten des Landes Hessen mitgewirkt und wurden Maßnahmen der Zukunft mit regionaler Reichweite entsprechend des industriepolitischen Handlungsbedarfs entwickelt.

Die Industrie als Netzwerk aus produzierendem Gewerbe und industrienahen Dienstleistungen entlang von Wertschöpfungsketten findet nicht alleine innerhalb von Verwaltungsgrenzen der Kommune statt, sondern ist durch funktionale Zusammenhänge verbunden. Damit ist eine zukunftsfähige Entwicklung der Industrie auch als Teil der Regionalentwicklung zu betrachten. Voraussetzung für ein koordiniertes, die Industrie förderndes Vorgehen auf regionaler Ebene ist eine Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Freistaat Bayern, über deren Grenzen sich die urbane Industrie-Metropolregion ausdehnt.

IMPRESSUM

BEIRAT INDUSTRIE FRANKFURT AM MAIN
unter Vorsitz des Wirtschaftsdezernenten Markus Frank

HERAUSGEBER
Wirtschaftsförderung Frankfurt
– Frankfurt Economic Development – GmbH

Hanauer Landstraße 126 – 128
60314 Frankfurt
GERMANY

Telefon: +49 69 212 - 36209
Telefax: +49 69 212 - 98 - 00

E-Mail: info@frankfurt-business.net
Internet: www.frankfurt-business.net

Gesellschaft der Stadt Frankfurt am Main,
Amtsgericht Frankfurt, HRB 27722
Vorsitzender des Aufsichtsrates: Oberbürgermeister
Peter Feldmann
Geschäftsführer: Oliver Schwebel

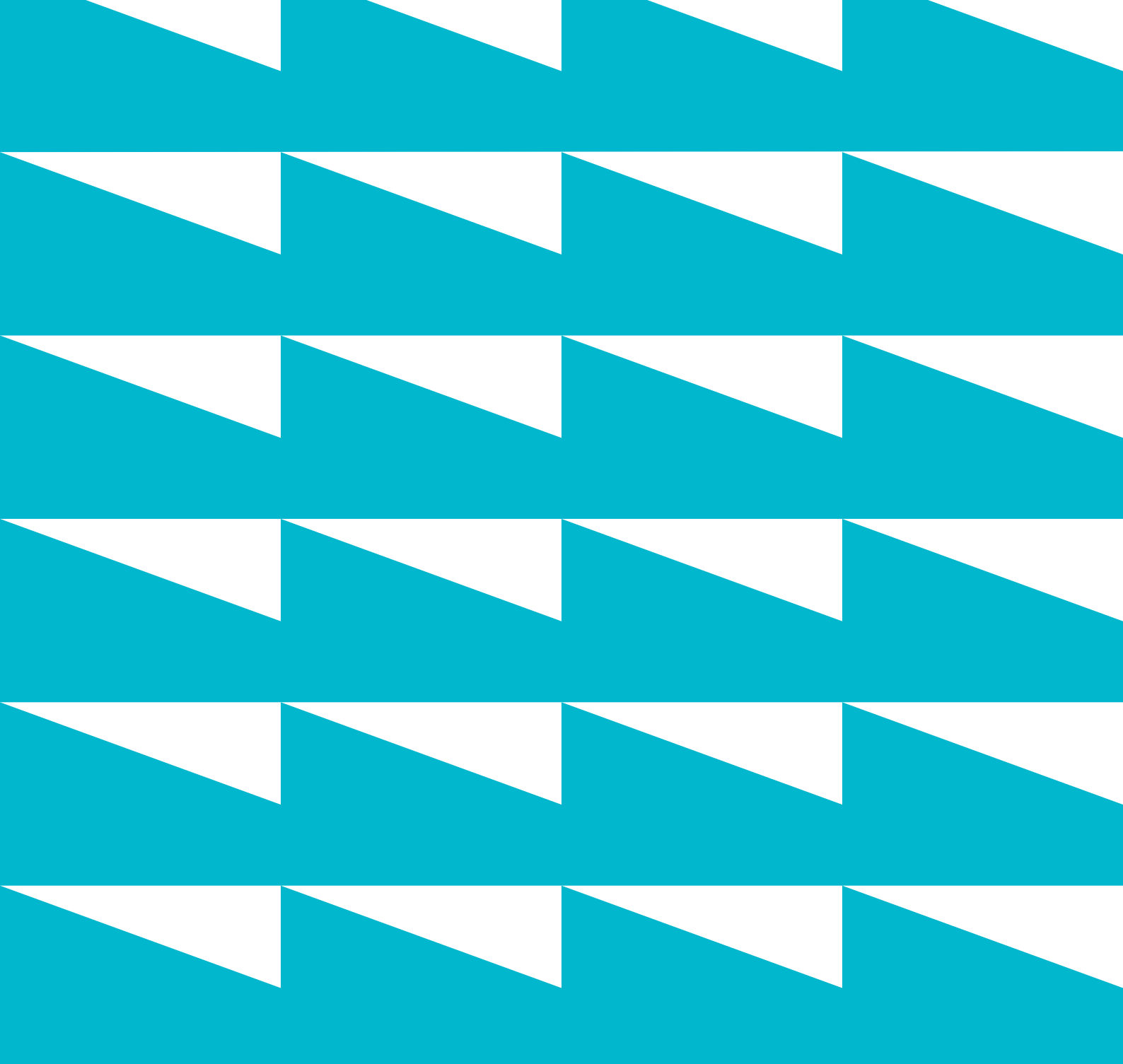
ANSPRECHPARTNER INDUSTRIE
Dr. Bernd Rentmeister,
Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

Anne Friedrich,
Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH

GESTALTUNG
Standard Rad. GmbH, Frankfurt am Main

DRUCK
NINO Druck GmbH

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck oder Verbreitung, auch auszugsweise, nur
mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.
Frankfurt am Main, Stand: November 2015



Der Beirat Industrie:

